

Wöchentlich 1½ bis 2 Bogen.
Zu beziehen durch alle Postanstalten und
Buchhandlungen.

Abonnementspreis 1/jähr. 1,75 M
Einzelne Nummern 20 P — Insertions-
gebühr die 3 gespalt. Zeile 20 P

Schlesische Schulzeitung.

Pädagogische Wochenschrift,
Organ des Provinzial-Lehrer- und Pestalozzi-Vereins in Schlesien sowie
des Schlesischen Turnlehrer-Vereins.

Nr. 50.

Breslau, 10. Dezember 1896.

25. Jahrgang.

Inhalt: Sitzung des Gesamtvorstandes des Landesvereins preußischer Volksschullehrer. — Das Truggold des Lehrerbesoldungsgesetzes. — Der preußische Städtetag und das Lehrerbesoldungsgesetz. — Rede des Finanzministers. — Turngau Breslau. — Wochenschau. — Korrespondenzen. — Amtliches. — Vereinsnachrichten. — Vermischtes: Verteilung der Millione. — Rezensionen. — Briefkasten. — Anzeigen.

Sitzung des Gesamtvorstandes des Landesvereins preußischer Volksschullehrer.

Behufs Stellungnahme zu dem diesjährigen Entwurfe eines Gesetzes betreffend das Diensteinkommen der Lehrer und Lehrerinnen an öffentlichen Volksschulen versammelte sich der Gesamtvorstand des Landesvereins preußischer Volksschullehrer am 5. Dezember in Magdeburg (im Hotel Kaiserhof). Die Mitglieder waren fast vollzählig erschienen; aus Schlesien nahmen daran teil Bandmann und v. Adlersfeldt (Kollege Sperling-Mechau war leider durch Krankheit verhindert). Die Sitzung begann kurz nach 7 Uhr abends und dauerte ohne Unterbrechung bis 3 Uhr nachts. Es wurde beschlossen, die folgenden Wünsche in einer Petition dem Landtage zu unterbreiten und zwar in der Weise, dass diese auch jedem einzelnen Herrn Abgeordneten übersandt wird. Ebenso soll dieselbe allen Zweigvereinen zugeschickt werden, damit sie — sich daran haltend — noch einmal mit den Abgeordneten ihres Bezirkes unterhandeln können — soweit dies möglich ist. Die beschlossenen Abänderungsvorschläge sind folgende: —

Zu § 2. Das Grundgehalt möge auch in besonders billigen Orten für Lehrerstellen nicht weniger als 1200 M betragen.

Die Leistungsunfähigkeit der Gemeinde oder Schulsozietät möge keinen Grund dafür bieten, das Grundgehalt unter das ortsangemessene Minimum festsetzen zu dürfen.

Dem Absatz 2 möge unter Hinweis auf das im § 1 für besondere Amtsstellung zugesicherte Diensteinkommen hinzugefügt werden: Erste Lehrer ohne Leitungsbefugnisse und alleinstehende Lehrer erhalten eine angemessene Funktionszulage.

Zu § 4. Als Entschädigung für den Kirchendienst möge zu dem ortsangemessenen Lehrer-Einkommen ein Mindestbetrag von 300 M hinzutreten, welcher nach dem Verhältnis der Mehrleistung entsprechend zu erhöhen ist.

Zu §§ 5 und 6. Durch Alterszulagen möge das Grundgehalt in 25 Dienstjahren mindestens verdoppelt werden.

Zu § 7. Eine Versagung der Alterszulagen möge nur auf Grund eines Disziplinarverfahrens für zulässig erklärt werden.

Zu § 14. An Stelle des § 14 Absatz 1 möge § 12 Absatz 1 und 2 der ersten Vorlage gesetzt werden, welche lauten: Bei Anlage einer Dienstwohnung für einen Lehrer auf dem Lande gelten als Raumbedarf für einen verheirateten Lehrer drei bis vier heizbare Räume mit einer Grundfläche von zusammen 65 bis 85 Quadratmeter, eine Küche mit einer

Grundfläche von 12 bis 20 Quadratmeter und die für die Hauswirtschaft erforderlichen Stall-, Keller- und Bodenräume.

Zu § 16. Der Satz: »sie soll aber . . . nicht übersteigen«, möge aus dem Gesetz entfernt und bei den festangestellten Lehrern ein Unterschied zwischen verheirateten und unverheirateten nicht gemacht werden.

Als Mietsentschädigung möge der an jedem Orte für eine Wohnung mit vier heizbaren Zimmern zu zahlende Betrag in Ansatz gebracht werden.

Der für die Dienstwohnung in Ansatz gebrachte Betrag, bzw. die gezahlte Mietsentschädigung möge in voller Höhe als ruhegehaltsberechtigt erklärt werden.

Zu § 19. Der 2. Satz möge heißen: Wo bisher die Gewährung von Naturalleistungen stattgefunden hat, werden diese nach Maßgabe des Gesetzes vom 27. April 1872 abgelöst.

Zu § 20, I. Der Ertrag des Dienstlandes, soweit es dem durchschnittlichen Wirtschaftsbedürfnis einer Lehrerfamilie entspricht, möge mit dem einfachen Grundsteuer-Reinertrag angerechnet werden.

Zu § 20, III. Das Brennmaterial möge mit 5 % des Grundgehalts angerechnet werden.

§ 22 zu streichen. Dafür folgende neue Bestimmung aufzunehmen: »Lehrer und Lehrerinnen an öffentlichen Volksschulen erhalten bei den auf Verfügung der Aufsichtsbehörde ausgeführten Reisen eine Vergütung aus der Staatskasse.«

Zu § 27. Es möge die Bereitstellung der Geldmittel zur Besoldung der Lehrer so geordnet werden, dass das Volksschulwesen der größeren Städte nicht dadurch geschädigt werde.

Zu § 28. In Absatz 5 möge ohne Einschränkung ausgesprochen werden, dass eine Verschlechterung des nach den bisherigen Ordnungen festgestellten Diensteinkommens nicht stattfinden soll. —

Von einer Deputation an Seine Majestät wurde unter den gegenwärtig obwaltenden Verhältnissen abgesehen.

Das Truggold des Lehrerbesoldungsgesetzes.

Wie wenig das Besoldungsgesetz für die Besserstellung der Lehrer enthält, geht aus dem in der Vorlage enthaltenen Zahlenmaterial leider nicht mit genügender Klarheit hervor, lässt sich aber einigermaßen überschlagen, wenn man die in der Vorlage enthaltenen Änderungen in Betracht zieht. Es ergibt sich leider, dass das Mindestgehalt von 900 M nicht in erster

Linie durch Aufbesserungen beschafft werden soll, sondern durch Einrechnung der freien Feuerung in das Einkommen. Dadurch sinkt das Mindesteinkommen auf 840 M., und alle Lehrer, die diesen Gehaltssatz neben Wohnung und Feuerung beziehen, haben bereits die gesetzliche Mindestbesoldung. Aber auch dieser Mindestsatz wird für viele Tausende von Stellen eine bloße formale Bedeutung haben. Die Lehrer mit weniger als vier Dienstjahren sollen nur vier Fünftel des Mindestgehaltes beziehen, das heißt 720 M., nach Abzug der Feuerung 660 M. Da 12 087 Lehrer mit weniger als vier Dienstjahren vorhanden sind, aber nur 11 313 Stellen unter dem gesetzlichen Mindestsatz stehen, so könnte die Regelung ohne einen Pfennig Mehrausgabe durchgeführt werden, wenn den jetzt in dem Genuss des vollen Gehaltes befindlichen jungen Lehrern ein Fünftel genommen oder ihre Versetzung auf Mindeststellen bewirkt werden könnte. Die Durchführung dieser Maßregel wird aber bei den Neuanstellungen möglich und könnte in einem Zeitraum von vier Jahren durchgeführt sein.

Diese Manipulation steht in der preußischen Schulgeschichte einzig da. Bisher wurde der Grundsatz streng durchgeführt, dass das Einkommen einer Stelle unter keinen Umständen vermindert werden dürfe. Durch das Besoldungsgesetz aber wird die Möglichkeit geboten, 12—13 000 Stellen dauernd auf vier Fünftel ihres jetzigen Einkommens herabzusetzen, indem man sie immer wieder mit jungen Lehrern besetzt. Es ist vorauszusehen, dass von dieser Befugnis an gewissen Stellen recht reichlich Gebrauch gemacht werden wird, während man an anderen Stellen junge Lehrer überhaupt nicht oder doch nur in geringer Zahl zulassen wird. Für die Lehrerschaft gehen mit dieser Bestimmung, wenn das Gesetz erst vollständig durchgeführt sein wird, wahrscheinlich einige Millionen an Einkommen verloren, während die Regulierung der Mindestgehälter nach den Vorschriften des Gesetzes jetzt nur 716 325 M. erfordern soll. Durch Besetzung der schlechten Stellen mit jungen Lehrern kommt auch diese Summe später ganz oder doch zum größten Teil in Wegfall, denn diese werden eben nicht 840, sondern nur 660 M. erhalten. Dass dieser Satz auch für einen eben aus dem Seminar entlassenen Lehrer ganz ungenügend ist und mit den an angehende mittlere Beamten gezahlten Diäten in keinem Verhältnis steht, bedarf keines Beweises.

Herr Miquel ist ein großer Rechenkünstler. Wenn sich die Lehrer das neue Gesetz um und um besehen, werden sie finden, dass es den jungen Lehrern einen bedeutenden Bruchteil dessen entzieht, was den alten Landlehrern an Alterszulagen geboten wird. Es ist leider zu befürchten, dass diese Bestimmung der Vorlage, da sie nicht für die nach Inkrafttreten des Gesetzes anzustellenden Lehrer in vollem Umfange in Betracht kommt, weniger beanstandet werden wird, als es angebracht erscheint. Es ist die Hinterthür, durch die man Hungerlöhne von 660 M., die man angeblich beseitigen will, für viele Tausende von Lehrern wieder zur Einführung bringt.

Auch für die mehr als vier Jahre im Amte befindlichen Lehrer sind die Aussichten recht wenig glänzend. Da ihnen neben dem Dienstlande jetzt auch die freie Feuerung in das Einkommen eingerechnet werden soll und die Regierung hierfür, mit Ausnahme der Mindeststellen, keinerlei Normen im Gesetz geben will, so wird es ganz auf die Kreisausschüsse ankommen, ob die Gehaltserhöhungen wirkliche Zuwendungen bringen oder nur durch höhere Anrechnung der Dienstländer und der Feuerung herbeigeführt werden. Für die städtischen Lehrer ergeben sich aus dem Gesetz überhaupt keine Aussichten auf Besserstellung. Die einzige sichere Aussicht ist hier nur die, dass die jetzt mit jungen Lehrern besetzten circa 2000 Stellen ein Fünftel des Einkommens verlieren, wenn die Regierung diese künftig billigeren Lehrkräfte überhaupt noch an städtischen Schulen anstellt und nicht etwa ganz oder doch

größtenteils auf dem Lande verwendet, um sie hier sämtlich bei 660 M. Einkommen daran zu gewöhnen, mit dem geringsten materiellen Lohne für schwere Arbeit zufrieden zu sein.

»Berl. Tgbl.«

Der preussische Städtetag und das Lehrerbildungsgesetz.

Die bereits erwähnte Petition des preußischen Städtetages, befreifend den Entwurf eines Gesetzes über das Dienstekommen der Lehrer und Lehrerinnen an den öffentlichen Volkschulen, hat folgenden und von dem Vorstand des Städtetages übermittelten Wortlaut:

Der den hohen Häusern des Landtages wiederum vorgelegte Entwurf eines Gesetzes über das Dienstekommen der Lehrer und Lehrerinnen giebt auch in seiner veränderten Fassung für die Gemeinden zu nicht geringen Bedenken Veranlassung, deren wesentlichste wir uns erlauben, wie folgt, zum Ausdruck zu bringen:

1. Der Gesetzentwurf will die **Alterszulagekassen** aufrecht erhalten und nur den Stadtgemeinden, welche einen eigenen Kreisverband bilden und alle innerhalb ihres Gebietes belegenen öffentlichen Volksschulen als Gemeindeanstalten ohne Staatsbeihilfe unterhalten, das Recht geben, sich von den Alterszulagekassen auszuschließen.

Aber einmal müsste dieses Recht doch ausgedehnt werden auf diejenigen Stadtkreise, welche zwar in ihren Kreisen noch konfessionelle Schulverbände haben, deren Schulen aber ohne Staatsbeihilfe unterhalten werden, sowie überhaupt auf alle Gemeinden, welche sich auf die gesetzlichen Staatsbeiträge beschränken. Abgesehen davon, müssen wir uns nach wie vor gegen den Grundsatz der Zwangskassen aussprechen. Wir halten sie nicht für notwendig, sondern für geradezu schädlich. Notwendig sind sie nicht, weil der Staat den Durchschnittsbetrag des gesetzlichen Mindestmaßes der Alterszulagen den kleinen Gemeinden nach dem Gesetzentwurf gewähren will, er dann aber auch ebenso gut die wirklichen in jeder kleinen Gemeinde zu leistenden Mindestalterszulagen übernehmen kann. Geschieht dies, so sind für die kleinen Gemeinden alle finanziellen Schwankungen ausgeschlossen, welche nach der Begründung die Veranlassung zu der Schaffung der Alterszulagekassen gewesen sind.

Auf der andern Seite sind aber die Nachteile der Alterszulagekassen ganz erhebliche.

Die Alterszulagekassen verstößen nicht bloß gegen Artikel 24 der Verfassungskunde, weil sie die Gemeinden in der selbständigen Leitung ihrer Volksschulen noch mehr beeinträchtigen, sie vernichten jedes direkte Verhältnis zwischen den Gemeinden und ihren Lehrpersonen. Alle bestehenden Gehaltsregulative müssen der Alterszulagekassen wegen ohne Not einheitlich umgestaltet werden, und wenn mehr als die Mindestbezüge gewährt werden soll, tritt das Einschreiten der Aufsichtsbehörde doch wie früher ein. Persönliche Zulagen, Alterszulagen in kürzeren Zeiträumen, Verbesserungen des Schulwesens durch Heranziehung hervorragender Lehrkräfte u.s.w. sind eben so erschwert, wie die Errichtung neuer Lehrerstellen in den größeren Gemeinden durch den Wegfall des Staatszuschusses und durch die sofortige Zahlung des Durchschnittsalterszulagebetrages für dieselben. So wirken die Alterszulagekassen außerordentlich bürokratisch. Die Schulverbände haben nur zur bezahlen, alles andere ist Sache der Aufsichtsbehörde. Auch Versetzungen von Lehrpersonen können von der Aufsichtsbehörde in den weiten Gebieten, in welchen den Schulverbänden kein Anstellungsrecht der Lehrpersonen zusteht, ohne jede Mitwirkung der Schulverbände vorgenommen werden. Und endlich wird durch die auf die einzelnen Regierungsbezirke beschränkten Alterszulagekassen doch keine Gleichmäßigkeit erreicht; es bleiben die armen und die reichen Regierungsbezirke für sich und sollen deshalb nach dem Gesetzentwurf wieder unter sich ausgeglichen werden.

Alle diese Übelstände werden nur vermieden, wenn die Alterszulagekassen aufgegeben und wie bisher die Alterszulagen an bedürftige Gemeinden aus der Staatskasse gezahlt werden.

2. Der Gesetzentwurf will die bisherige **Gleichmässigkeit der Staatsbeiträge** für Stadt und Land beseitigen und verstößt ohne Not gegen die geschichtliche Entwicklung des Volkschulwesens. Durch Gesetz vom 14. Juni 1888 wurde das Schulgeld aufgehoben und dafür den Gemeinden ein durch Gesetz vom 31. März 1889 noch erhöhter Staatszuschuss zu den Lehrergehältern gewährt.

Jetzt soll dieser Zuschuss den größeren Gemeinden zu einem erheblichen Teile entzogen werden, obgleich das Gesetz vom 14. Juni 1888 selbst seine Wirksamkeit »bis zum Erlass eines Gesetzes über die Unterhaltung der Volksschulen« ausdehnt, die durch dieses Gesetz eingetretene Aufhebung des Schulgeldes bestehen bleibt, und obgleich die Gemeinden den Staatszuschuss fast durchweg zu einer Verbesserung der Lehrergehälter verwandt haben, welche überdies nach dem Gesetzentwurf unwiderstehlich ist.

Das ist nicht gerecht und bei der jetzigen guten Finanzlage des Staates auch kein Bedürfnis.

Und wenn in der Begründung des Gesetzentwurfs angeführt wird,

»dass ohnehin die veränderten Vorschriften des Gesetzentwurfs voraussichtlich zu dem Ergebnis führen würden, dass auch in Zukunft die bisherige sehr bedeutende Steigerung der Belastung des Staates mit gesetzlichen Beiträgen zu den Kosten der Volksschulen in wesentlich unverändertem Maße fortdauern wird, während eine weitere Erhöhung dieser Steigerung notwendig ausgeschlossen bleiben muss,«

so ist dabei ganz übersehen, dass die Mehrleistungen der Städte bei Vermehrung ihrer Lehrerstellen auch bei unverändertem Fortbezug der Staatsbeiträge in viel erheblicherem Maße steigen werden, als beim Staate, und dass der Staat zu noch ganz anderen Leistungen gezwungen sein würde, wenn die Vermehrung der Bevölkerung einmal weniger in den Städten und mehr auf dem Lande und in den kleineren Gemeinden erfolgen sollte. Denn für diese will der Staat nach dem Gesetzentwurf nicht bloß die Staatsbeiträge fortgewähren, sondern auch die Alterszulage leisten, wie er vielfach auch die Schulbauten trägt.

3. Sehr bedenklich sind schließlich die in den §§ 10 und 11 des Gesetzentwurfs vorgesehenen Bestimmungen über die Berechnung der Dienstzeit der Lehrpersonen. Darnach soll nicht bloß die gesamte Zeit in Ansatz kommen, während welcher die Lehrer sich im öffentlichen Schuldienste befunden haben, sondern unter gewissen Beschränkungen auch die bei Privatschulen und im Auslande erworbene Dienstzeit. Die Bestimmungen gehen weit über das vorliegende Bedürfnis hinaus, beschränken ohne Not für weite Teile des Landes die Lehrer in der Freizügigkeit und sind andererseits für alle Schulverbände, denen das Anstellungsrecht der Lehrpersonen nicht zusteht, ohne gleichzeitige Verleihung dieses Rechts ganz unannehmbar. Denn auf Grund dieser Bestimmungen würde es der Aufsichtsbehörde unbekommen sein, die ältesten Lehrer ohne Mitwirkung der Schulverbände aus einer Gemeinde in die andere zu versetzen.

4. Wenn die Unterhaltung der Volksschulen durch Gesetz geregelt werden soll, dann muss es entsprechend dem Gesetze vom 14. Juni 1888 im ganzen geschehen; aber so einseitig einen Teil der Materie zu nehmen, wie dies hier geschehen, führt nur zu Härten und befriedigt niemand.

Aus den vorangeführten Gründen haben wir gegen die Annahme des Gesetzentwurfs die ernstesten Bedenken. Jedenfalls müssten aus demselben diejenigen Bestimmungen gestrichen werden, durch welche den größeren Gemeinden der gesetzlich zugesicherte Staatsbeitrag geschmälert, die Alterszulagekasse

eingeführt und die ganze Dienstzeit der Lehrer angerechnet werden soll.

Der Vorstand des allgemeinen preussischen Stadttages.

Oberbürgermeister Zelle-Berlin (Vorsitzender), Oberbürgermeister Becker-Köln (Stellvertreter), Oberbürgermeister Adolph-Frankfurt a. O., Oberbürgermeister Bender-Breslau, Erster Bürgermeister Delbrück-Danzig, Oberbürgermeister Giese-Altona, Oberbürgermeister Hacken-Stettin, Oberbürgermeister Hoffmann-Königsberg, Oberbürgermeister Schmieding-Dortmund, Oberbürgermeister Schneider-Magdeburg, Stadtdirektor Tramm-Hannover, Oberbürgermeister Westerburg-Kassel, Oberbürgermeister Witting-Posen, Stadtrat Wilde-Berlin (Schriftführer).

Rede des Finanzministers.

(Nach einem Bericht der »Bresl. Mgztg.«)

Ich habe später mehr zu thun gehabt, als mich nur der alten parlamentarischen Dinge zu erinnern. Aber ich entsinne mich dessen, dass wir damals den Minister aufforderten, mehr zu geben. Das ist auch jetzt hier aus dem Hause geschehen. Der Abg. Rickert hat ein gutes Herz, aber der Abg. Knörke hat ein noch besseres Herz, er appelliert an Aussprüche von mir, betreffend die Gehaltsaufbesserungen der Lehrer und an mein gutes Herz. Das ist eine sehr liebenswürdige, aber etwas sonderbare Auffassung von der Stellung und den Pflichten eines Ministers überhaupt, vor allem aber eines Finanzministers. Wenn die beiden Herren an meiner Stelle gestanden hätten, wenn sie alle Wünsche, ihre eigenen und die mehr oder minder berechtigten Anderer befriedigt und mit gutem Herzen regiert hätten, so wären wir heute nicht in der Lage, 20 Millionen für die Aufherrung der Beamtengehälter, über 5 Millionen aus der Staatskasse für die Lehrer-gehälter, die Witwen und Waisen und in anderen Etats zu bewilligen. Die Mittel würden fehlen; und man kann auf diese Weise keine Finanzpolitik machen. Ich appelliere an Ihre eigene Lebenserfahrung; auch im Privatleben kommt es oft genug vor, dass man seinem guten Herzen nicht folgen kann, man darf nicht auf eine Stelle alles verwenden, man hat auch noch andere Pflichten und Bedürfnisse. Was sollen also diese Reden? Ich stehe, was mein Herz betrifft, ganz auf dem Standpunkte des Kultusministers: ich freue mich über jeden Groschen, der den Lehrern zugewendet wird. Aber ich muss die Gesamtheit aller Staatsbedürfnisse berücksichtigen, ich kann nicht nach dem Wunsche einzelner alles auf eine Stelle werfen. Wir sind schon nach den drei Millionen der ersten Vorlage jetzt auf über 5 Millionen gekommen, aber die Dinge müssen auch eine Grenze haben. Man verlangt, die Lehrer sollen gleichgestellt werden mit den staatlichen Subalternbeamten. Ich habe mich sehr gefreut, dass darauf hingewiesen ist, dass die Lehrer keine Staatsbeamten sind, und wenns nach mir geht, werden sie's nie werden. Ich würde die Verwandlung der Volksschule in eine Staatsschule für das größte Unglück für die Schule, die Lehrer, die Gemeinden, denen aller Idealismus entzogen würde, die einfache Schulverwalter würden, und für den Staat halten. (Sehr richtig! rechts.) Es würde das nach meiner Auffassung zu einer Art Chinesentum führen. Wir sind auf dem vollen Wege nach dieser Richtung. Bedenklich war die Art und Weise der Verteilung der Unterstützung von Staatsmitteln für die Schule 1888 und 1889, als man ohne Rücksicht auf das Bedürfnis und den materiellen Inhalt der Staatsverfassung und das Wesen der Schule die Gelder an die Gemeinden verteilt, ohne auf ihr wirtschaftliches Bedürfnis zu achten. Ich freue mich außerordentlich, dass der gegenwärtige Kultusminister meine Auffassung in dieser Richtung teilt. Die Vertreter der Gemeinden und namentlich der großen Städte, denen ich ein anderes Gefühl für die Selbstverwaltung, namentlich nach der Steuerreform, zugetraut hätte, dürfen sich doch nicht verhehlen, dass die Macht der staatlichen Organe wachsen muss mit den Beträgen, die der Staat für die Schule hergibt. (Sehr richtig! rechts.) Wenn die großen Städte gleichzeitig eine Vermehrung der Selbstverwaltung auf diesem Gebiet fordern, die ich persönlich ihnen durchaus gönne, so steht das nicht im Einklang mit den Forderungen, ihre erheblichen Schulbedürfnisse zum großen Teil aus dem Staatssäckel zu befriedigen. (Sehr richtig! rechts.) Herr von Kardorff hat das sehr wahre Wort ausgesprochen, die Hauptsache sei das Zustandekommen des Gesetzes. Ich habe den Lehrern, die zu mir kamen, gesagt: Bedenkt, wie sich Eure Lage schon dadurch verbessert, dass eine feste gesetzliche Ordnung überhaupt in Euer Gehaltswesen kommt. Ist dieser Boden erst gewonnen, so kann man darauf weiter bauen. Gehaltsregelungen macht man nicht für ewige Zeiten. So wie wir die Beamtengehälter mehrmals erhöhten, ist es auch hier: mit diesem Gesetz ist die Frage der Lehrerbesoldungen nicht für ewige Zeiten abgeschlossen. Bei einer weiteren Entwicklung ist man vielleicht in der Lage, weiter zu gehen. Wenn Sie sich dies vergegenwärtigen, werden Sie vorsichtiger sein als diejenigen, welche diese Dinge nicht übersehen und unerfüllbare Forderungen stellen. Derartige Agitationen, wie sie stattfinden, sind in gewisser Weise natürlich und berechtigt. Aber jeder einzelne Abgeordnete muss doch bedacht und vorsichtig sein und sich fragen: sind nicht andere staatliche Rücksichten da, die mich verhindern, allen Wünschen der Lehrer in diesem Augenblicke

zu entsprechen? Ich vindiziere Ihnen in dieser Beziehung nicht bloß dieselben Rechte, sondern auch dieselben Pflichten wie den Ministern und vor allen wie dem Finanzminister. Ich kann Ihnen in keiner Weise in Aussicht stellen, dass die Staatsregierung in der Lage ist, weiter zu gehen als in diesem Gesetz. Wenn eine Verständigung stattfinden könnte auf anderer Basis, so würde sie am leichtesten sein dank der Basis einer mäßigen Erhöhung der Dienstalterszulagen. Man muss die Dinge nüchtern ansehen. Mein Grundsatz war immer, meine Pflicht zu thun, und dabei werde ich bleiben, solange ich dem Vaterlande diene. Wenn ein junger Mann, der seine Vorbildung mit Hilfe des Staates bekommt (lebhafte Beifall rechts), der kaum viel Mittel braucht, um in den Stand zu kommen, indem er nachher dem Staat nützlich wird, mit etwa 20 Jahren freie Wohnung und 600 ~~M~~ bar erhält mit der Sicherheit, im 25. Jahre 900 ~~M~~ zu haben mit freier Wohnung, oft freien Naturalien und Vergütung für Feuerung und dann Schritt vor Schritt weiter hinaufkommt bis auf 1620 ~~M~~, und dies in den allerwenigsten Orten, denn die Lehrer sind heute meist schon besser besoldet, und wenn er weiter Aussicht hat, in die Städte zu kommen, vielleicht das Rektorenexamen zu machen und eine große Karriere vor sich hat, so kann man doch nicht sagen, dass dies eine so erbärmliche Bezahlung wäre, dass es geradezu ein Notstand sei. (Lebhafte Zustimmung rechts.) Im ganzen sind ja unsere Beamten noch nicht so gut organisiert wie die Lehrer (ironische Zurufe rechts). Hier ist die Gefahr etwas geringer. (Heiterkeit.) Aber wir sehen schon in der Presse, wie viele Beamtenkategorien agitieren, und ich sehe schon den Sturm voraus, der auf den Landtag eindringt. Wenn man so leicht vor solcher Agitation zurückweicht, so werden wir sie befürden, und man wird Gefahr laufen, indem alle Beamtenklassen sich miteinander vergleichen, wie es die Lehrer mit den Subalternbeamten thun, dass jeder sich für besser hält als der andere und infolgedessen eine Stimmung entsteht, dass das, was ihnen selbst zugeswendet wird, nichts mehr bedeute, und jeder glaubt, dass ein anderer zu viel erhalten habe. Dann entsteht die Gefahr, es würde eine solche heilsame Maßregel darauf hinauslaufen, die Beamtenklassen untereinander und gegeneinander unzufrieden zu machen, und statt allgemeiner Befriedigung würde das Gegenteil erwachsen. (Sehr wahr! rechts.) Und gerade dieser Landtag musste diese Gefahr einigermaßen berücksichtigen. Wir können den Gesetzentwurf nicht zu stande bringen, wenn nicht die Parteien in ihren Anschauungen Kompromisse schließen und manche ihrer Bedenken und Anschauungen fallen lassen. Es werden in der Vorlage allen Parteien Konzessionen gemacht, und die Regierung würde von vornherein auf Sand gebaut haben mit ihrem ganzen Plan, den Lehrern zu helfen, wenn sie sich lediglich auf den Standpunkt einer Partei stellen wollte. Auch Sie sollten auf die Lehrerschaft einwirken, auch ihrerseits sich zu beschränken. Thut sie das nicht, dann haben wir wirklich auf Sand gebaut. Das Gesetz würde scheitern und die Unzufriedenheit wachsen, und wir würden nicht wissen, welchen Weg wir einzuschlagen hätten. Ich bitte daher, in den weiteren Beratungen solche Gesichtspunkte, wie sie Ihnen mit der größten Offenheit dargelegt habe, nicht aus den Augen zu lassen. (Beifall rechts.)

Turngau Breslau.

Als es vor einigen Jahren galt, das 8. deutsche Turnfest in Breslau vorzubereiten, schieden die 7 Breslauer Turnvereine aus ihrem seitlichen Gauverbande aus und bildeten einen eigenen Gau. Auch die »Turnsektion des Allgemeinen Breslauer Lehrervereins« schloss sich diesem Verbande an. Um das innere Gefüge des Gaues zu festigen und das Gefühl der Zusammengehörigkeit zu stärken, veranstaltet der Gauvorstand gewöhnlich jährlich eine oder zwei schlichte Festlichkeiten. Eine solche fand auch am 28. v. Mts. in der Lessing-Turnhalle statt. Während aber sonst die turnerischen Vorführungen im Vordergrunde zu stehen pflegen, kleidete man diesmal das Fest in ein anderes Gewand. Auf eine dahingehende Bitte hatte sich Herr Stadtschulrat Dr. Pfundner bereit erklärt, über den im vorigen Sommer in München stattgehabten Kongress für Jugend- und Volks-spiele, an welchem er als Vertreter der Stadt Breslau teilgenommen, zu berichten. Im Anschluss an den Bericht war ein Kommers vorgesehen. Zur Feier des Abends hatte der Gesangverein Breslauer Lehrer seine Mitwirkung zugesagt. Das Programm war also viel-versprechend, der Besuch ein zahlreicher. Unter den geladenen Ehrengästen befanden sich Herr Provinzial-Schulrat Dr. Montag, die Herren Stadtschulinspektoren Dr. Dr. Franke, Handliss und Kriebel. Der vorgenannte Gesangverein leitete um 8½ Uhr die Feier ein mit dem Gesange: »Das deutsche Lied«. Die Wahl dieser Komposition erwies sich als eine sehr glückliche, insofern der Herr Vortragende in seinem folgenden Bericht mit begeisterten Worten die Bedeutung und den innigen Zusammenhang zwischen der deutschen Turnerei und dem deutschen Volksliede hervorhob. Der Gauvorsitzende, Rechtsanwalt Kaernbach, begrüßte die Versammlung und schloss daran ein »Gut Heil« auf den Kaiser. Mit gespannter Erwartung sahen nun alle dem Vortrage entgegen. Der Grund hierfür lag einmal im Stoffe, dann aber auch in der Person des Vortragenden.

Die neue Spielbewegung, durch den bekannten Gosslerschen Erlass ins Leben gerufen und seitdem durch den Abgeordneten v. Schencken-

dorff u. a. mächtig gefördert, ist nunmehr den Kinderschuhen entwachsen. Das Turnspiel, das Kind der Turnerei, ist ins ballfähige Alter getreten und schickt sich an, die Mutter etwas beiseit zu schieben. Auch vielen Turnern gefällt das dralle Mädchen bereits besser als die Mutter, an der man allerlei auszusetzen hat. Genaue Beobachter wollen herausgefunden haben, dass letztere auffallende krankhafte Erscheinungen und bedenkliche Zeichen des Verfalls erkennen lasse. Die Gipfelübungen am Reck, Barren und Pferd, womit die alternde Dame noch zu flunkern versuche, seien als Extravaganz für eine Frau in gesetztem Alter aber unschicklich und besser im Tingeltangel angebracht. Andererseits wieder hüte sich die deutsche Turnerei zimperlich vor jedem frischen Luftzuge und verkrieche sich ängstlich in staubige Turnhallen; vor allem aber sei sie zu systematisch eckig und schulmeisterlich pedantisch geworden. Das wäre für eine Frau aus dem Volke altjungferlich und lächerlich. Da sei doch das Turnspiel, die fesche, flotte Tochter, ein Blitzmädchen dagegen. Man solle sich dieselbe nur einmal ansehen, wenn sie im Sportkostüm dahin radle, im Rennboot vorbeischieße oder im Wettkampf Bali spiele! Es sei nicht mehr wie recht und billig, dass man dem Turnspiel und Sport Gelegenheit gebe, sich frei und voll auszugestalten. Das sei aber nur möglich, wenn man nach altklassischem Muster ein deutsches »Olympia« oder — wie der Herr Vortragende berichtigend bemerkte — deutsche »Olympien« ins Leben rufe. Diese Idee hatte im Laufe der letzten Jahre viele Freunde, aber auch zahlreiche Gegner gefunden. In den turnerischen Fachblättern hatten beide Teile ihre Ansichten vertreten und mancherlei Vorschläge unterbreitet. Die Ansicht vieler ging dahin, getrennt von den deutschen Turnfesten, nach gewissen Zeiträumen auf der historischen Ebene Leipzigs — von einer Seite war auch Helgoland vorgeschlagen worden — große nationale Festspiele zu veranstalten. Andere wieder meinten, derselbe Zweck lasse sich bei richtiger Handhabung nach wie vor in Verbindung mit deutschen Turnfesten erreichen. All diese Fragen sollten nun vornehmlich den Kongress in München beschäftigen.

Wenn die deutsche Turnerschaft mit regem Interesse die Verhandlungen des Kongresses verfolgt hatte, so sahen nun die Breslauer Turner mit nicht geringerer Erwartung dem mündlichen Bericht eines Augen- und Ohrenzeugen entgegen. Herr Stadtschulrat Dr. Pfundner gilt in den Kreisen der Breslauer Bürgerschaft als ein vorzülicher Festredner. Wo er jemals als solcher aufgetreten, ist ihm das Glück immer in hohem Grade hold gewesen. Die Berichterstattung an diesem Abende hat dazu gedient, diese Meinung in weitere Kreise zu tragen und wesentlich zu verstärken. An dem einleitenden Vortrage über das Münchener Volksleben, die heimische Kunst, über Turnhallen und Turnvereine und die äußerst gelungenen Spielvorführungen etc. konnte man seine Herzensfreude haben. Geradezu meisterhaft aber muss es genannt werden, wie der Vortragende einzelne bedeutungsvolle Persönlichkeiten mit wenigen Worten porträtiähnlich zu kennzeichnen und aus dem Gesamtbilde des Kongresses hervorzuheben verstand. Rauschenden Beifall erntete der Redner bei seinen vergleichenden Ausführungen zwischen deutscher Turnerei und Sport. Er führte u. a. aus, dass der Sport, zumal wenn er als Wettsport auftrete, durchaus nicht wohltätig auf die Jugend und Volkserziehung wirken könne. Er beanspruchte kostspielige Vorrichtungen und befördere einen falschen Ehrgeiz, indem er von dem Idealen abziehe und das Materielle bevorzuge. Der Umstand, dass die deutschen Turnfeste Wanderfeste seien, vermittelte die Kenntnis von Land und Leuten und befördere ein gegenseitiges Kennenlernen und Verstehen der Stammeseigentümlichkeiten und wirke befruchtend auf das Gebiet der Volksbildung und Jugenderziehung. Der Sport aber sei eine Auslandsplantze, schon zu viel ins deutsche Volkstum hineingewuchert und habe nichts gemein mit dem urwüchsigen Eichbaum der deutschen Turnerei. — Langanhaltender Beifall folgte dem nahezu einstündigen, fesselnden Vortrage.

Nunmehr trat der Kommers in seine Rechte. Von den Reden seien hervorgehoben der Trinkspruch des Herrn Eppenstein auf die Frauen und derjenige des Herrn Gymnasialdirektors Dr. Richter auf den Gauvorstand. Markuske schilderte in launiger Weise die Wirkungen der einheimischen Weinsorten. Großen Beifall erzielte der Gesangverein Breslauer Lehrer mit seinen Vorträgen. Herr Provinzial-Schulrat Dr. Montag ließ sich den Dirigenten, Herrn Max Franke, vorstellen und sprach ihm seine besondere persönliche Freude aus. Er bemerkte, dass er immer im voraus eines herzerquickenden Genusses gewiss wäre, wenn er einer Einladung Folge geben könnte, wo Lehrer säingen oder ihre Feste feierten. Noch heute bedauerte er lebhaft, dass er durch eine Reise gezwungen gewesen sei, der letzten Provinzial-Lehrerversammlung fern zu bleiben. Ein Kunstgenuss im vollsten Sinne wurde der Versammlung zuteil in zwei Gesangsvorträgen des Herrn Mühlmann vom Breslauer Stadttheater, eines Mitgliedes des Turnvereins »Vorwärts«. Berechtigtes Erstaunen erregte ferner ein Gast, Herr Starck, durch sein meisterhaftes Klavierspiel. Mit erstaunlicher Sicherheit spielte er mit verbundenen Augen auf dem Pianino, dessen Tasten mit einem Bettluch überdeckt waren. Spät erst trennten sich die Festgenossen mit dem Gefühl, einer würdigen und schönen Feier beigewohnt zu haben.

Fr. H.

Wochenschau.

Wie hastige Bilder an der Wand laufen die Ereignisse an uns vorüber; kaum noch können wir ihnen folgen. Kaum haben wir in der Eile mitgeteilt, dass in Magdeburg eine preußische Gesamtvorstandssitzung sein soll, so ist auch dieses Schauspiel schon wieder vorüber, und die heimgekehrten Abgesandten sitzen wieder in unserer Mitte, als hätten sie sich gar nicht fortgerührt. Und doch haben sie sich tüchtig geführt und wacker Hand angelegt, um dem so schwer zu bewegenden Gesetzeswagen eine andere Wendung zu geben. Sorgfältig vorbereitet lag vor ihnen ein Schriftstück mit der Summe unserer Abänderungswünsche. Schon heut erfahren die schlesischen Leser, worauf man sich geeinigt. Jedem Satze war eine kurze, schlagende Begründung beigegeben, die wir aber vorläufig noch weglassen müssen. Wir sind überzeugt, im Organ des Preußischen Landeslehrer-Vereins schon in dieser Woche die endgültige Redaktion dieser Sätze zu finden, die dann wie die 95 Thesen Luthers rasch von Verein zu Verein fliegen und die Kollegen zu erneutem Vorgehen anfeuern werden. Unser einmütiges Handeln hat doch bereits einen sichtlichen, hoherfreulichen Erfolg gehabt. Auch nicht eine einzige Partei des Abgeordnetenhauses will zurückstehen, wenn es gilt, den so traurig knappen Entwurf einigermaßen annehmbar für die sehnlich harrende Lehrerschaft zu machen. Noch haben sich die Fraktionen nicht auf eine feste Basis geeinigt. Die meisten unter ihnen wünschen das allzuniedrige Grundgehalt zu erhöhen, auch an die Sätze der Alterszulage bessernde Hand anzulegen. Die einzelnen Posten gehen noch sehr durcheinander und bewegen sich von 1000 bis 1200 M Grundgehalt. Die mehr rechts stehenden Parteien scheinen es bei den ursprünglichen 900 M leider bewenden lassen zu wollen und fassen erhöhte Alterszulagen ins Auge, 9 Stufen à 100 M . Man zielt auch darauf ab, in den mittleren Stufen, wo es am nötigsten ist, ein schnelleres Aufrücken herbeizuführen, so dass die Erreichung des Höchstgehalts nicht nach 31, sondern schon nach 24 Dienstjahren erfolgt. Einige Parteien wollen das Brennmaterial mit $\frac{1}{2}0$ des Grundgehalts normieren. Ferner wird beantragt, den größeren Gemeinden den Ausfall an Zuwendungen aus der Staatskasse durch Gewährung eines dauernden Zuschusses vollständig zu ersetzen, also nicht bloß wie in der Vorlage mit Ausnahme von 2 % Einkommensteuer. Man sieht, die Kommission, welche ohnedies etwas spät ans Werk geschritten ist, wird mit der Gehaltsfestsetzung noch ein gutes Stück Arbeit haben. Soviel aber scheint schon jetzt festzustehen, dass etwas geschieht.

Wie stellt sich nun die Regierung zu allen diesen Verbesserungsvorschlägen? Zunächst ist der Finanzminister durch Krankheit abgehalten, mit seinem scharfen Votum einzugreifen. Aber der Kultusminister ist in der Kommission erschienen und hat erklärt, dass eine gleichmäßige (soll wohl heißen gleichzeitige) Erhöhung des Grundgehalts und der Alterszulagen das **Zustandekommen des Gesetzes gefährden würde**. »Das Notwendigste würde den jungen Lehrern mit dem Grundgehalt von 900 M an den allerbilligsten Orten gewährt. Eine mäßige Erhöhung der Alterszulagen von je 80 resp. 90 M sei nach Lage der Dinge noch möglich, obschon eine Mehrbelastung von 2 Millionen M jährlich bedeutend sei. Darüber hinaus könne die Staatsregierung nicht gehen.« — Es sollen also, wenn wir recht verstehen, statt 80 M in dem verbesserten Entwurf 90 M Zulage nach je 3 Jahren gewährt werden. Dieses Zehnmarkstück pro Jahr, für den Tag also noch nicht 3 M mehr, macht einen unendlich betrübenden Eindruck, wenn man an die nach reichlichen Hunderten bemessenen Zulagen höherer Beamten denkt, die es gar nicht so nötig haben. Ein zäher, fast endloser Kampf in der Zukunft ist unser Schicksal. Alles handelt sich nun darum, ob sich die Abgeordneten abschrecken lassen. Die nächsten Tage

werden schon eine gewisse Entscheidung bringen. Möchte den verehrten Herren das Studium des vornstehenden Artikels aus dem »Berliner Tagebl.<« recht zu Herzen geben!

Unterdessen rückt auch gegen diesen Gesetzentwurf schon wieder die alte Gefahr grollend heran. Der Bund der Oberbürgermeister steht kampfbereit. Scharf abwehrend klingt der Inhalt der eingereichten Städtepetition. Um drei Hauptpunkte handelt es sich, es sollen mindestens diejenigen Bestimmungen in dem Gesetzentwurfe gestrichen werden, durch welche 1. den größeren Gemeinden der gesetzlich zugesicherte Staatsbeitrag geschmälert, 2. die Alterszulagekasse eingeführt und 3. die ganze Dienstzeit der Lehrer angerechnet werden soll. — Sprachlos stehen wir vor diesem letzteren Punkte. Immer haben wir geglaubt, die Anrechnung der allgemeinen Dienstzeit, die unser konservativer Minister Dr. Bosse überall zur Forderung erhoben hat, stehe unverrücklich fest wie ein Dogma in der Beamtenlaufbahn. Nun rütteln die Städte, unsere so fortgeschrittenen Städte, an diesem eisernen Grundsatz. Wir können nicht glauben, dass selbst das gegenwärtige Abgeordnetenhaus dieser die Lehrer so schwierig schädigenden Ausnahmebestimmung auch nur im geringsten beipflichten könnte. Nur die Furcht vor einem vereinzelten älteren Lehrer, dem bei seinem Eintritt in den städtischen Dienst seine Amtsjahre voll angerechnet werden müssen, kann hier der bewegende Grund sein, weswegen eine so gefährliche Maßregel, wie sie die Petition empfiehlt, rücksichtslos als allgemeine Forderung hingestellt wird.

Nachtrag. Soeben lesen wir zu unserer größten Bedürfnis, dass in der Kommission alle Anträge auf Erhöhung des Grundgehalts abgelehnt worden sind. Die Beratung über eine etwaige Erhöhung der Alterszulagen wurde bis zur Wiedergenesung des Finanzministers ausgesetzt. Dr. Bosse verharrt bei der Erklärung, mehr könne nicht geschehen als eine Erhöhung der Alterszulagen von 80 auf 90 M . Konservative und Zentrum halten fest zusammen.

Schon seit Wochen waren wir nicht in der Lage, uns mit den mancherlei hochinteressanten Dingen zu befassen, die in unserer Stadt vorgegangen sind. Während der Vorkämpfe für die Stadtverordnetenwahlen ist hier manches gewichtige Wort sehr gelassen geredet und geschrieben worden, mit dem wir uns in stilleren Zeiten gern beschäftigt hätten. Wir haben den Stoff einstweilen still beiseit gelegt; sollten es die Verhältnisse gestatten, kommen wir gelegentlich darauf zurück. Für heut müssen wir nur einer Sache erwähnen, welche in weiteren Kreisen unsers großen Lehrervereins gewiss ein berechtigtes Befremden erregen wird. In hiesigen Tagesblättern war folgendes in der vorigen Woche zu lesen:

»Der Verein katholischer Lehrer Breslaus hat seine Beteiligung an den Vorarbeiten zu der Pfingsten 1898 in Breslau tagenden Allgemeinen deutschen Lehrerversammlung einstimmig abgelehnt. Es wurde in der Besprechung hierüber, wie die „Kath. Schulzg. f. Norddeutschland“ berichtet, geltend gemacht, dass sich der Verein von jeher zwar gern über die Verhandlungen auf jenen Versammlungen informiert hat und informieren wolle, dass er aber als solcher angesichts der gegenwärtigen Lage der Vereins-sache nicht mitwirken könne, wenn er nicht mit sich selbst in Widerspruch geraten wolle.«

Nach der obigen Fassung könnte es den Anschein gewinnen, als hätte der »Allgem. Breslauer Lehrerverein«, dem die Vorarbeiten zustehen, den »Kathol. Lehrerverein« um seine freundliche Mithilfe angegangen. Unsererseits ist das niemals erfolgt, auch keinem Menschen in den Sinn gekommen. Hätte auf leise Anfrage von behördlicher Seite her der getrennt marschierende katholische Verein auch nur die geringste Bereitwilligkeit gezeigt, mitzumachen, so wäre von unserm Teile aus die entschiedenste Zurückweisung erfolgt. Vom Standpunkt der Vereinsdisziplin war eine Gemeinsamkeit in dieser einen Sache von vornherein ausgeschlossen. Wir glauben auch nicht, dass auf jener Seite vielen die Lust ankommen wird, in unseren Versammlungen Information zu suchen. Da gehen unsere Wege viel zu weit auseinander. Was hat es auch für einen

Zweck, wenn künftighin sich immer noch ein Mitglied von drüben unter städtischer Beihilfe auf die großen Lehrer-Versammlungen schicken lässt, um sich — zu informieren?

Korrespondenzen.

Berlin. [Abg. Kropatscheck über das Besoldungsgesetz.] Auf dem Parteitag der Konservativen Thüringens zu Eisenach wurde die Frage aufgeworfen: »Wie stellt sich die konservative Partei zur Lehrerbesoldungsfrage?« Hierauf antwortete der Reichstags- und Landtagsabgeordnete Dr. Kropatscheck, der bekanntlich Mitglied der Unterrichtskommission des Abgeordnetenhauses ist, etwa wie folgt: »Selbstverständlich hat die konservative Partei großes Interesse an dem Wohle der Volksschullehrer und würde ihnen herzlich gern eine noch weit höhere Besoldung zubilligen, als sie selbst beanspruchen, wenn die Gemeinden dies vertragen könnten, denn verfassungsmäßig sind diese in erster Linie und der Staat in zweiter Linie zur Unterhaltung der Volksschullehrer verpflichtet. Hieran hauptsächlich scheiterte auch das Lehrerbesoldungsgesetz. Nicht die Konservativen, sondern die (meist freisinnigen) Vertreter der großen Städte haben dies Gesetz im Herrenhause zu Fall gebracht. Dieser Gesetzentwurf hatte allerdings noch den Fehler, dass er die große Verschiedenheit zwischen Ost- und Westdeutschland nicht berücksichtigte. In Ostdeutschland würde ein Lehrer mit 1200 M. Gehalt vielfach der bestgestellte Mann im Dorfe sein. (1) In Mitteldeutschland und Westdeutschland ist dies jedoch ganz anders. Nach Ansicht der konservativen Partei muss daher das Gehalt der Volksschullehrer in teuern Gegenden anders normiert werden als in billigen, und selbst Redner ist hierbei sehr für ein noch höheres Anfangsgehalt als 1200 M. obwohl anderseits nicht zu erkennen ist, dass die Lehrer sehr jung zur Anstellung gelangen und die Kosten ihrer Vorbildung verhältnismäßig gering sind. Dass die Lehrer kein höheres Anfangsgehalt als 900 M. bekommen sollen, ist ebenso unwahr wie die Behauptung, der Finanzminister habe dem Kultusminister eine Gehaltserhöhung für die Volkschullehrer angeboten und dieser sie abgelehnt. Das könne er versichern, der Kultusminister würde ein derartiges Anerbieten mit Kusshand acceptiert haben.«

— [Zum Jubiläum des Deutschen Lehrervereins.] Der Deutsche Lehrerverein hat in den ersten 25 Jahren seines Bestehens seine Hauptthätigkeit dem Programme gemäß, das er bei seiner Gründung am 28. Dezember 1871 aufgestellt hatte, dem innern Ausbau der Schule zugewandt. Dabei durfte er, wenn er seiner Aufgabe vollkommen gerecht werden wollte, die Arbeit für den Lehrerstand nicht vernachlässigen; denn eines der wirksamsten Mittel für die Hebung der Volksschule ist ein gründlich durchgebildeter, in der gebildeten Welt geachteter Volksschullehrerstand. Ausgehend von dieser Anschauung, verlangte der deutsche Lehrertag in Halle (1892) eine den Anforderungen der Gegenwart entsprechende Vorbildung des Lehrers. Die Versammlung forderte, dass der Volksschullehrer seine allgemeine Bildung auf einer der bestehenden höhern Unterrichtsanstalten, die Fachbildung dagegen auf den Seminaren empfange. Der Lehrertag zu Kassel (1882) stellte die Forderung auf, dass auch den Seminaren das Recht zustehen müsse, seinen Zöglingen bei ihrem Abgang die Berechtigung zum einjährig-freiwilligen Militärdienst zu erteilen, eine Forderung, die auf der Lehrerversammlung zu Stuttgart (1894) abermals erhoben wurde und schon ein Jahr darauf ihre Erfüllung fand. Der Berliner Lehrertag (1890) trat energisch für die Befreiung des Lehrers von den niederen Küsterdiensten ein; die dadurch gegebene Anregung hat wenigstens teilweise den gewünschten Erfolg gehabt. Bezüglich der Teilnahme des Lehrers an der Schulverwaltung verlangte die deutsche Lehrerversammlung in Stuttgart eine fachmännische Schulaufsicht, der Lehrertag in Hannover (1886) und die Lehrerversammlung zu Hamburg (1896) forderten eine angemessene Vertretung des Lehrers in allen Instanzen der kommunalen und staatlichen Schulverwaltung. Wenn auch die Arbeit für die Förderung der materiellen Stellung des Lehrerstandes naturgemäß von den einzelnen Landesvereinen zu leisten war, so ist doch die Zentralleitung des deutschen Lehrervereins, begünstigt durch den Umstand, dass sie ihren Sitz in Berlin hat, in bezug auf Preußen unausgesetzt bemüht gewesen, auch hierbei helfend mitzuwirken und besonders Fühlung mit den in Betracht kommenden Faktoren und Kreisen zu nehmen. Es sei hier an dieser Stelle des herzlichen Einvernehmens gedacht, das auch nach dieser Seite hin zwischen der Leitung des deutschen und derjenigen des preußischen Lehrervereins stets bestanden hat.

Den Verdiensten hervorragender Pädagogen um die Hebung der Schule und des Lehrerstandes hat der Verein stets volle Anerkennung gezollt. Der Lehrertag in Berlin (1890) war dem Andenken Diesterwegs gewidmet; der Lehrertag in Halle (1892) feierte den 200. Geburtstag von Amos Comenius, und mit der Lehrerversammlung in Hamburg wurde eine Pestalozzi-Feier verbunden.

Eine Fülle von Arbeit hat der Verein bisher geleistet: Mit zäher Kraft und Ausdauer hat er für seine Ideale, für Hebung der Volkschule und des Volksschullehrerstandes gekämpft; neben diesen Bemühungen musste er selbstverständlich in dem ersten Vierteljahrhundert seines Bestehens der Thätigkeit für eine zweckmäßige

innere und äußere Organisation unausgesetzt die größte Aufmerksamkeit zuwenden.

Breslau. Nachstehendes Schriftstück ist uns aus Rektorenkreisen zugegangen und dürfte vielleicht auch viele Leser interessieren:

Berlin, Datum des Poststempels.

Sehr geehrter Herr Kollege!

Der preußische Rektoren-Verein darf mit Genugthuung auf seine einjährige Thätigkeit zurückblicken.

Unsere energische und umfassende Agitation hat dahin geführt, dass aus der Vorlage des Lehrer-Besoldungs-Gesetzes der Passus, betreffend die Funktionszulage des Rektors, gestrichen wurde. Wir haben damit die Stellung des Rektors gewahrt; wir haben verbüdet, dass er zum primus inter pares herabgedrückt werden ist.

Durch rechtzeitiges, zielbewusstes Eingreifen hoffen wir die maßgebenden Personen davon überzeugt zu haben, dass der Entwurf der neuen Prüfungsordnung für Lehrer an Mittelschulen und für Rektoren der Schule und den Lehrern nicht in allen Punkten zum Segen gereichen würde, namentlich nicht, was den Erlass des Mittelschulexamens betrifft. Wir haben damit nicht nur der Schule und dem gesamten Lehrerstande einen großen Dienst erwiesen, sondern auch dem Rektor die zu seiner Stellung nötige Achtung erhalten.

Die Wiedereröffnung des Landtags stellt uns neue Aufgaben bezüglich unserer materiellen Lage. Gleichstellung in den Gehaltsbezügen mit denjenigen Staatsbeamten, die mit uns auf gleicher Bildungsstufe stehen, ist das Ziel, das wir unausgesetzt im Auge behalten müssen.

Sodann fordert die geplante Aufwendung von 27 Millionen Mark für die Gehaltserhöhung der Staatsbeamten von uns gebietisch, nicht länger mehr schweigend zuzusehen, wie die Witwe eines Lehrers, eines Rektors in den Provinzen mit 250 M. abgespeist wird, während selbst die eines Unterbeamten nicht selten das Doppelte bezieht.

Es gilt jetzt, fest zusammen zu stehen; denn nur verbunden vermögen wir mit Erfolg zu wirken. Zur Entfaltung einer erfolgreichen Agitation gehört aber Geld und nochmals Geld. Wir bitten darum die Kollegen, welche schon Mitglieder des Preuß. Rektoren-Vereins sind, die rechte Mitgliedschaft auch noch durch Abonnement auf unser Vereinsorgan, die »Schulpflege« zu betätigen, und diejenigen, welche dem Verein bisher noch nicht angehört haben, durch Eintritt in denselben an seinen Bestrebungen teilzunehmen.

Wir hoffen, werter Herr Kollege, diesmal nicht vergeblich an Ihren Gemeinsinn zu appellieren; denn erst das Bewusstsein, mitgearbeitet zu haben an der Erreichung solcher Erfolge, die für den ganzen Stand von großer Bedeutung sind, verleiht die rechte Freude zum Mitgenießen derselben.

Der Vorstand des Preußischen Rektoren-Vereins.

I. A.: Beitz.

(Will der Rektoren-Verein auch seinerseits auf eine zeitgemäße Gestaltung der Gehalts- und Witwepensions-Verhältnisse hinwirken, so kann das nicht schaden, wiewohl dieses Geschäft wirksam genug bereits von dem allgemeinen Lehrerverein betrieben wird. Einzelne Voraussetzungen und Redewendungen in obigem Schriftstück werden jedoch in weiteren Lehrerkreisen nicht auf Beifall rechnen dürfen. D. Red.)

— Angesichts des bevorstehenden Ablaufs der Wahlperiode des Stadtschulrats war eine Neuwahl erforderlich. Bei derselben, die am 2. d. Mts. stattfand, lauteten sämtliche Stimmzettel auf den Namen des gegenwärtigen, Inhabers der Stelle, Dr. Pfundtner, der also wiedergewählt ist.

Liegnitz. [Versammlung.] Einer Einladung des Liegnitzer Lehrervereins folgend, versammelten sich am vorigen Mittwoch, den 2. d. Mts., ungefähr 200 Lehrer aus Stadt- und Landkreis Liegnitz und den Nachbarkreisen Goldberg, Haynau und Lüben zum Austausch der Meinungen über den Lehrerbesoldungsgesetzentwurf. Auch Landrat Dr. Schilling (kons.), Landtagsabgeordneter unseres Kreises, war erschienen. Rektor Rindfleisch, dem die Aufgabe zugefallen war, den Entwurf einer Besprechung zu unterziehen, kam zu dem Endresultat, dass es falsch wäre, wenn sich die Lehrer wegen der ungenügenden Gehaltssätze dem Entwurf gegenüber völlig ablehnend verhalten würden, dass es andererseits aber geboten erscheine, mit allen Kräften eine Verbesserung des Entwurfs anzustreben. Landrat Dr. Schilling verteidigte den Entwurf, der neben einigen Mängeln doch bedeutende Vorteile enthalte, vielen Lehrern eine wesentliche Gehaltserhöhung bringe, vor allem aber eine gesetzliche Grundlage für die Besoldungsverhältnisse schaffe. Unter Hervorhebung seines persönlichen Standpunktes, dass er die Magdeburger Beschlüsse für berechtigte und maßvolle Wünsche halte, widersprach er jedoch der Möglichkeit der Ausführbarkeit derselben. Dagegen wolle er einem event. Antrage auf Erhöhung des Grundgehalts auf 1000 M. zustimmen, wenn dies möglich sei, auch hoffe er, dass sich für eine mäßige Erhöhung der Alterszulagen eine Mehrheit finden werde. In seiner Entgegnung verwies der Referent auf die preußische Verfassung, nach welcher der Staat dem Volksschullehrern ein festes, den Lokalverhältnissen angemessenes Einkommen gewährleiste und für die nicht leistungsfähigen Gemeinden einzutreten habe. Kantor Schlenker-Rüstern führte darauf aus, dass er nicht glauben könne, dass es dem Staat bei der gegen-

wärtigen Finanzlage unmöglich sein solle, das Grundgehalt auf 1200 M zu normieren. Lehrer Ernst Müller-Liegnitz dankte dem Landrat für sein Erscheinen. Leider hätten seine Ausführungen nicht die Hoffnung erwecken können, dass der Entwurf eine wesentliche Verbesserung erfahren werde. Redner wies unter Bezugnahme auf das Schreiberhauer Fest auf das unbedingte Vertrauen hin, das die Lehrer dem Kultusminister Bosse entgegengebracht hätten; um so schmerzlicher sei es darum, dass der Entwurf eine derartige Gestalt erhalten hätte. Dr. Miquel hätte vor zwanzig Jahren Finanzminister sein müssen, zu der Zeit, als er noch davon überzeugt war, dass das für die Schule aufgewandte Geld dem Staate tausendfachen Segen bringe. Leider hat Herr Miquel nach seinem eigenen Geständnis ein schlechtes Gedächtnis. Man dürfe aber auch nicht vergessen, dass das gesamte Staatsministerium die Verantwortung für den Entwurf trage, und es sei traurig, dass die preußischen Minister insgesamt die Arbeit der Lehrer, deren Aufgabe es ist, die Jugend des Volkes zu erziehen, der Thätigkeit der Hausdiener, Portiers, Boten, Weichensteller und Maschinenvärter gleichgeachtet haben. Wenn das Grundgehalt endlich von 600 M. wieviel es bis jetzt an manchen Orten noch beträgt, auf 900 M erhöht würde, so werde damit nur ein hässlicher Fleck am preußischen Unterrichtswesen ausgelöscht, aber zur Dankbarkeit seien die Lehrer dadurch nicht verpflichtet. Die Lehrer müssten unbedingt an den auf dem ersten preußischen Lehrertag zu Magdeburg gefassten Beschlüssen festhalten. Lehrer Anders-Liegnitz wies auf die nicht zu verstehende Thatsache hin, dass der Staat trotz der bedeutenden Überschüsse nur 5 Millionen Mark für die Aufbesserung verwenden könne, während er im Zedlitzschen Schulgesetzentwurfe bei einem andauernden Defizit 9 Millionen für diesen Zweck bereitstellen konnte. Es sei anzuerkennen, dass bei der ersten Lesung des Entwurfs viele Abgeordnete in wohlwollender Weise gesprochen haben, aber gerade diese seien nicht in die Kommission entsendet worden. Lehrer Willenberg-Liegnitz erinnerte an die wohlwollende Art und Weise, mit welcher der Schatzsekretär, Graf Posadowsky, für die Erhöhung der Gehälter der Reichsbeamten eingetreten sei. Er habe sehr richtig darauf hingewiesen, dass sich die Lebenshaltung des ganzen Volkes gehoben habe, dass es darum die Pflicht des Staates sei, auch den Beamten eine bessere, den heutigen Verhältnissen entsprechende Lebensführung zu ermöglichen. Leider sei dieser Grundsatz bei der Festsetzung der Lehrergehälter nicht maßgebend gewesen. Nach wie vor werden die Lehrer vom Staat, der nicht mehr für die Schule aufwenden zu können glaubt, um sie nicht ihres kommunalen Charakters zu entkleiden, an die Gemeinden verwiesen, und von diesen, die sich natürlich immer für leistungsunfähig hielten, wieder an den Staat, und so gingen die Lehrer bei diesem Streit um die Schulunterhaltungspflicht immer leer aus. Die Versicherungen der einzelnen Abgeordneten, dass sie persönlich die Wünsche der Lehrerschaft als berechtigt anerkennen, hätten wenig Wert, wenn sie nicht dafür eintreten wollten, dass diese auch erfüllt werden, zumal die Wünsche auch von maßgebenden Stellen als durchaus maßvoll bezeichnet worden seien. Der Vorsitzende, Lehrer Gensel, betonte, dass es möglich gewesen sei, die Kommunen zur Einführung der Normalbesoldung der höheren Lehrer zu verpflichten, warum sollte es da unmöglich sein, den Gemeinden die gleiche Pflicht gegen die Volksschullehrer aufzuerlegen? Noch einmal nahm Landrat Dr. Schilling das Wort zur Verteidigung des Disziplinarversetzungsparagraphen. Die Kollegen E. Müller und Höhn widersprachen jedoch ganz energisch der Auslegung dieses Paragraphen, als sei er im Interesse der Lehrer geschaffen. Höhn führte aus, es sei wunderbar, dass uns bei Forderung einer Besoldung, wie sie den Beamten zuteil wird, immer entgegengehalten werde, wir seien keine Staatsbeamten, dass man aber in Fällen wie dem vorliegenden sofort daran erinnere, dass dies bei andern Beamten auch eingeführt sei. — Schließlich nahm die Versammlung folgende vom Referenten aufgestellte Resolution an:

»1. Angesichts der Thatsache, dass die mittleren Beamten, zu denen die Volksschullehrer nach ihrer Vorbildung und amtlichen Thätigkeit gehören, und zu denen die im unmittelbaren Staatsdienste stehenden Volksschullehrer tatsächlich gerechnet werden, schon jetzt im Durchschnitt eine doppelt so hohe Besoldung erhalten, als die Volksschullehrer, und diesen Beamten durch eine Neuregelung ihrer Gehälter noch eine wesentliche Aufbesserung in Aussicht steht, erscheint die Normierung der Lehrergehälter auf einen Betrag von 900—1620 M., der den letzten Unterbeamtengehältern etwa entspricht, als eine unbillige Zurücksetzung der Volksschullehrer und eine schwere Schädigung der Volksschule.

2. Die Versammlung spricht die Hoffnung aus, die gesetzgebenden Körperschaften werden für Annahme des vorliegenden Entwurfs und dafür eintreten, dass den Volksschullehrern ein Einkommen zugebilligt werde, das den Gehältern der mittleren Beamten sich nähert und mindestens die Höhe erreicht, die der erste preußische Lehrertag, der aus Anlass des Gosslerschen Gesetzentwurfs im Dezember 1890 in Magdeburg stattfand, als notwendig erachtet hat. (1200—2400 M. in 25 Dienstjahren.)«

Militsch. [Kreislehrerkonferenz.] Die Kreislehrerkonferenz, die am 26. Oktober in Militsch stattfand, war eine nicht unerfreuliche. Wenn der Kreisschulinspektor, Schulrat Zopf, in seinen Eingangsworten wünschte, dass »die Herren Lehrer die Teilnahme an der Konferenz nicht als einen lästigen Zwang ansehen möchten, sondern als eine Einrichtung, die in ihrem eignen Interesse getroffen worden

ist«, so ist hierauf zu bemerken, dass von dieser Einrichtung wohl hauptsächlich der Geldbeutel der Lehrer betroffen wird. Wenn man mehrere Meilen vom Konferenzort entfernt wohnt, kostet einem die Fahrt schon 6 bis 7 M. Man muss auch essen und trinken; und so kommt es, dass manchen Lehrer die Konferenz um 8 oder 9 M. erleichtert. Eine Entschädigung hierfür gibt es »natürlich« nicht. Das ist dem Schulrat schon wiederholt vorgerechnet worden. Trotzdem verlangt er noch, dass man gerne kommt. Ja, er wünscht, dass »möglichst alle Herren an dem gemeinsamen Mahle teilnehmen möchten«. Und wenn er bei dieser Gelegenheit diejenigen, die nicht teilnehmen wollen, auffordert, aufzustehen, so sieht das einem gelinden Zwang sehr ähnlich. Es ist nicht jeder Lehrer in der glücklichen Lage, für ein Mittagessen 1 M. auszugeben. Aber das ist noch nicht alles. Jeder Lehrer soll ferner für die Kreis-Lehrerbibliothek 1 M. abladen. Das haben im vergangenen Jahre von 81 Lehrern nur 7 gethan und im laufenden Jahre 20. Warum verhält sich die Lehrerschaft so ablehnend? Nun, das ist dem Schulrat zur Genüge erklärt worden: weil 1) die Bibliothek nicht viel Bücher enthält, die uns zusagen; weil 2) sämtliche Bücher in Militsch lagern. Will also ein Kollege der 2. oder 3. Meilen entfernt wohnt, ein Buch entleihen, so muss er sich eine Fahrt nehmen, wenn er nicht Gelegenheit hat, sich von jemand aus dem Dorfe eins mitbringen zu lassen. Kommt der Betreffende zum Bibliothekar, dann ist dieser oft nicht zu Hause. Der Weg war umsonst. Geht es einem ein zweites und drittes Mal ebenso, dann verliert man die Lust zu weiteren Versuchen. Das alles wurde von verschiedenen Kollegen wiederholt klargelegt. Trotzdem erklärte der Schulrat: »Das sind keine stichhaltigen Gründe. Die Lehrer meines Bezirks haben kein Interesse an ihrer Weiterbildung. Das ist eine Schande!« Murren und Scharren belehrten den Schulrat sofort, dass die Lehrer diese Beleidigung nicht stillschweigend einzustecken gewillt seien; sogleich erhob sich nun Pastor Zander aus Wirschkowitz, um »im Namen und im Interesse der Lehrer diesen Vorwurf ganz entschieden zurückzuweisen«. Unter lautem Bravo und Händeklatschen der Versammlung führte er aus, dass er die von den Lehrern angeführten Gründe als vollberechtigt ansiehe, und dass er es keinem von ihnen verdenke, wenn er unter diesen Verhältnissen die Zahlung des Beitrags verweigere. Das mochte der Herr Schulrat nicht erwartet haben. Er beeilte sich den Ausdruck »Schande« zurückzunehmen. Besser freilich wäre es gewesen, wenn dieser Ausdruck nicht erst gebraucht worden wäre; denn die Stimmung in der Versammlung war dahin. Und sie kam auch nicht wieder, denn der Schulrat hielt es ein paar Minuten darauf für nötig, den Lehrern öffentlich zu erklären, dass ihre Ausbildung im Seminar ja doch eigentlich nur eine »Dressur« sei. Und wenn der Schulrat weiterhin gelegentlich erklärte: »Die Behörde kennt keine Lehrervereine!«, so stimmt das mit dem, was der Vertreter der Königl. Regierung zu Breslau auf der diesjährigen Provinzial-Lehrerversammlung zu Breslau ausführte, ganz und gar nicht überein. (Wir entnehmen diesen Bericht der »Preuß. Lehrerztg.« und sprechen gleichzeitig unsere Verwunderung darüber aus, warum die Kollegen über derartige auffallende Vorgänge ihr eigenes Provinzialorgan nicht einmal in Kenntnis setzen. D. Red. der »Schl. Schlzg.).

-r. Neisse. [Umwandlung der Hauptlehrerstellen in Rektorenstellen.] Mit der Pensionierung des Hauptlehrers Sperka erging seitens der Königl. Regierung zu Oppeln unter Bezugnahme auf die diesbezügliche ministerielle Bestimmung an den hiesigen Magistrat das Ersuchen, er möge die Hauptlehrerstellen an den drei Volksschulen in solche für Rektoren umwandeln und das Gehalt für dieselben von 2400 M. bis 3400 M. steigend festsetzen. Fals die Stadt diesen Antrag zur Ausführung bringe, wolle die Königliche Regierung die zur Zeit amtierenden und den neu anzustellenden Haupitlehrer zu Rektoren ernennen. Bei einer etwaigen Vakanz aber sollen pro rectoratu geprüfte Lehrer gewählt werden. Der Magistrat, welcher daraufhin bei verschiedenen, besonders solchen Städten, die in neuerer Zeit Rektoren bekommen hatten, Umfrage gehalten hatte, stimmte dem Regierungsantrage grundsätzlich zu, nur solle das Gehalt in der Weise normiert werden, dass dasselbe iukl. Wohnung und Feuerung mit 2506 M. beginnt und das Maximum von 3306 M. erreicht. Großer Widerstand fand die ganze Angelegenheit in der Stadtverordneten-Versammlung, aber nicht wegen ihrer finanziellen Seite, was man doch zu allererst annehmen sollte, sondern — wegen ihrer prinzipiellen Bedeutung. Der Stadtverordnete Oberlehrer a. D. Theissing, welcher an der Spitze der Opposition stand, machte geltend, dass der Regierungsantrag der Verfassung widerspreche, welche bis zum Erlass eines allgemeinen Volksschulgesetzes es bei den bisherigen Gesetzesbestimmungen bewenden lassen wolle, dass durch die neue Einrichtung leicht junge Streber in das verantwortungsvolle wichtige Amt aufrücken könnten, und dass endlich durch die Neuerung der geistliche Einfluss auf die Schule vollständig zurückgedrängt werde. Denn das Schulaufsichtsgesetz habe die Kreisschulinspektion zu einer weltlichen Institution gemacht und der Kirche fast vollständig das Schulaufsichtsrecht entrissen. Jetzt solle auch die Lokalaufsicht einem Rektor übertragen werden, welcher wie der Kreisschulinspektor Staatsbeamter sei. Alle diese Maßnahmen gehen auf eine vollständige Verstaatlichung der Schule hinaus. Die Stadt sei nur gut zum Zahlen. Sieht man sich diese gar wenig stichhaltigen Gründe der Reihe nach etwas genauer an, so merkt man gar bald, dass der Hauptgrund des zähen Widerstandes

in dem durch die Anstellung von Rektoren herbeigeführten dauernden Verluste der geistlichen Lokalschulaufsicht zu suchen ist, welche man zu geeigneter Zeit hierorts auch über die katholischen Schulen wieder zu erhalten hoffte. (Gegenwärtig besteht diese nur über die evangel. Schule. Über die katholischen Schulen ist der Kreisschulinspektor zugleich Lokalrevisor.) — Bei der Festsetzung des Gehaltes wollten den Rektoren nur das Maximalgehalt der übrigen Lehrer mit einer pensionsfähigen Zulage von 300 M bewilligen, da man bei einer höheren Normierung sonst leicht Gehälter bewilligen könnte, die im Rahmen des in Aussicht stehenden Lehrerbewilligungsgesetzes dann zu hoch seien. Diese Stadtverordnetensitzung zeigt aufs neue wieder, was für goldene Aussichten die hiesige Lehrerschaft hat, wenn das Bewilligungsgesetz mit seinen minimalen Gehaltssätzen in Kraft tritt. Erwähnt sei zum Schlusse, dass der Magistratsantrag (Ernennung der Hauptlehrer zu Rektoren mit 2506 M Aufgangs- und 3306 M Maximalgehalt), nachdem er zweimal in öffentlicher Sitzung nach vorheriger Kommissionsberatung verhandelt worden war, mit 18 gegen 13 Stimmen angenommen wurde. Die Ernennung der Rektoren erfolgt zum 1. April 1897.

Aus Oberschlesien. Die imposante Versammlung am 5. d. M. von rund 600 Lehrern des Industrie-Bezirks in Königshütte, über deren erhebenden Verlauf wohl noch von anderer Seite eingehender Bericht einlaufen wird, hat auch den Beschluss gefasst, eine Kommission einzusetzen, welche die Entwicklung der Lehrerbewilligung angelegenheit dauernd im Auge behalten soll, und welche besonders, falls die Vorlage wirklich Gesetz wird, bei der Königlichen Bezirks-Regierung dahin zu wirken hat, dass die eigenartigen Verhältnisse unserer Gegend bei Abmessung des Grundgehaltes und der Zulagen genügend berücksichtigt werden. Dieser Beschluss ist doch wohl das beste Resultat der Versammlung. Die 600 Lehrer sind nicht zusammengekommen, um nur eine schon etwas verspätete Petition abzusenden, eine Resolution zu fassen und durch die Zahl der Teilnehmer zu wirken. Das wäre doch ein sehr zweifelhafter Erfolg. Wir wissen alle, dass unsres schönsten Reden und packendsten Denkschriften in dem gegenwärtigen Stadium der Beratung der Vorlage kaum einen Erfolg haben können. Wir werden das Schicksal der Vorlage jetzt nicht mehr beeinflussen. Das Hauptmoment unserer Kraft müssen wir vielmehr bei der Königlichen Bezirks-Regierung einsetzen, um hier zu erreichen, was uns das Gesetz nicht direkt bietet. Behalten wir daher fest im Auge die Mahnung des hochverehrten Hüttendirektors Kollmann: »Organisiert euch! Seid einig, einig, einig!« Ja gewiss, dass wollen wir sein! Wir erkennen den Wert der Mahnung voll und ganz und erwarten mit fester Zuversicht, dass der Vorstand des Gauverbandes unverzüglich die Organisation energisch in die rechten Wege leiten wird.

Waldenburg. [Über die Abschiedsfeier,] welche unser Lehrerverein seinem Senior, dem Kollegen Gustav Rosemann von hier, bei dessen Scheiden aus dem Amte veranstaltete, sei seinen auswärtigen Freunden nachträglich folgendes mitgeteilt: Kollege R., der bis in sein 72. Lebensjahr mit seltener Rüstigkeit und geistiger Frische fast unausgesetzt dem schweren Amte der Jugendlbildung oblag, stammt aus der Lübener Gegend. Früh vaterlos geworden und wenig mit Glücksgütern gesegnet, musste er früh mit Sorgen und Entbehrungen kämpfen. Unter Stiller bereitete er sich als dessen Gehilfe und Schüler in Liegnitz für das Seminar vor. Letzteres besuchte er in Breslau und wurde kurz vor dessen Auflösung wegen seines manhaftes Eintretens für die Interessen seiner Seminargenossen aus der Anstalt verwiesen. Nun wurde er bei seinem späteren Schwiegervater Gitschmann in Seitendorf hiesigen Kreises Hilfslehrer. Nach einiger Zeit von hier durch die Regierung verdrängt, fuhr er als Bergmann und Hilfsschreiber in Gottesberg an. Seinem lebendigen Geiste konnte jedoch die monotone Beschäftigung auf die Dauer nicht behagen. Er ging darum gerne wieder als Lehrerstellvertreter erst nach Waldenburg und dann nach Langwaltersdorf. Nach wohlbestandenem Examen in Kreuzburg übernahm er die Lehrerstelle in Conradsthal bei Salzbrunn. Einige Jahre später ging er nach Leutmannsdorf Kr. Schweidnitz, von wo er 1858 an die hiesige Stadtschule berufen wurde. Hier amtierte er und zwar die letzten 25 Jahre als Knabenteacher und lange Zeit als Leiter der Handwerker-Fortbildungsschule mit großem Geschick und Erfolge bis zum Herbste dieses Jahres. Nebenbei suchte er als fleißiger Zeitungsreporter das kärgliche Einkommen zu verbessern. Als Mitbegründer des Lehrervereins war er lange Zeit in dessen Vorstande mit Eifer thätig und hat auch unstreitig Verdienste um das Zustandekommen des Provinzial-Pestalozzi- und Lehrervereines. Ebenso ist es hauptsächlich seinen Bemühungen zu verdanken, dass 1872 hier eine Gehaltsskala eingeführt wurde. Sein gerader Charakter, sein furchtloses und meist zutreffendes Urteil, seine redegewandte und witzige Zunge, sowie sein geselliges Wesen haben ihn allgemein beliebt gemacht. Seit einer Reihe von Jahren ist er verwitwet, und nach der Frau wurde ihm die einzige, jungverheiratete Tochter durch den Tod entrissen. Seine beiden Söhnen aber befinden sich in geachteten Stellungen zu Berlin und Eulau und waren Zeugen der schönen Abschiedsfeier. Dieselbe wurde am Vormittage des Ausrittstages in der Aula der Knabenschule und in Gegenwart der Behörden, der Kollegien und der ersten Knabenklassen durch einen

ernsten, sehr wirkungsvollen gemischten Chorgesang eingeleitet. In Ansprachen des Königl. Kreisschulinspektors, des Bürgermeisters und Rektors wurde dem Scheidenden für seine allzeit bewiesene Treue im Amte gedankt, seine unbestrittenen Verdienste um die Stadt und ihre Jugend ehrend anerkannt und das Stadtgeschenk, in goldener Uhr bestehend, überreicht. Der Gefeierte dankte tief bewegt und mit aus dem Herzen kommenden Worten, worauf ein abermaliger Gesang die würdige Feier schloss. Am Abende desselben Tages fand die vom Lehrervereine arrangierte Festlichkeit im Theatersaal des hiesigen ersten Hotels statt. Kollege R. wurde per Droschke aus seiner Wohnung abgeholt und beim Eintritt in den Saal mit einem Männerchor begrüßt. An dem nun beginnenden Mahle nahmen weit über 100 Lehrer und Herren aus Stadt und Umgegend teil. Viele Toaste, ein ernstes und ein heiteres Tafellied nebst witzigen Reden würzten das Mahl. Nach aufgehobener Tafel gab der Schriftführer in gebundener Rede einen Bericht über ernste und heitere Episoden aus dem vielbewegten Leben des Gefeierten. Der Vorsitzende dankt dem Kollegen R. für seine Verdienste um den Verein und befahl die Überreichung des Abschiedsgeschenkes, welches in einem schönen Skunkspelze nebst zupassender Mütze bestand. In einer Reihe lebender, vom Koll. Wagner arrangierter Bilder wurden Lebensakte des Gefeierten in vorzüglicher und stürmender Beifall erzeugender Weise dargeboten. Nicht minderen Applaus ernteten die in Koupletform dargebotenen Rosemann-Anekdoten des Kollegen Schneider. Später erschien Kollege Wagner als Abgesandter des hiesigen Lehrerfrauenkränzchens und überreichte nach beindrückender und von feinem Humor sprudelnden Ansprache das, was die Damen vom Wirtschaftsgeldersparnis als Andenken gestiftet: Shawl, Mütze, Handschuhe und Stützel. Zuletzt wurden noch 7 Schnupftabakdosen, für jeden Wochentag eine und die letzte mit goldenem Inhalt überreicht. Der Gefeierte dankte immer wieder mit feinen und humorvollen Worten, welche von seiner vorzüglichen Geistesverfassung beredtes Zeugnis gaben. Summa: Es war eine schöne fast unvergessliche Feier. Einige Tage später wurde Kollege R. mit dem Adler d. Inh. der Hohenz. Hausordens feierlichst dekoriert. Möge ihm ein noch recht langer Lebensabend beschieden sein! — Auch unsere Abgeordneten wurden von einer Deputation des Lehrervereins bezüglich des Dotationsgesetzes interpelliert und bereit gefunden, die Wünsche der Lehrerschaft nach Möglichkeit zum Ausdruck zu bringen, wollen aber, wenn nicht Besseres zu erreichen ist, für Annahme des Gesetzes in der dargebotenen Form zustimmen.

Posen. [Prüfungsresultat.] Die im Seminar zu Koschmin abgehaltene II. Lehrerprüfung haben auch nur 66 2/3 % bestanden, nämlich 8 von 12 erschienenen Lehrern.

o. Rawitsch. [Pestalozzi-Verein der Provinz Posen.] Aus dem Verwaltungsberichte pro 1895/96, welchen der Vorstand des genannten Hauptvereins soeben veröffentlicht hat, entnehmen wir folgendes: Der am 1. Juli 1863 zu Bromberg gegründete Verein zählt 83 Zweigvereine mit 1619 ordentlichen und 265 außerordentlichen Mitgliedern (Nichtlehrern). Der größte Zweigverein ist der Bromberger mit 165, der kleinste Xions mit 3 Mitgliedern. Die Einnahme betrug 7215,11 M, die Ausgabe 3555,29 M. Im Laufe des letzten Geschäftsjahrs wurden 160 Unterstützungen mit einem Betrage von 4316 M bewilligt, so dass der Verein ein Stammkapital von 5000 M besitzt. Zu den Zweigvereinen, welche den Verwaltungsrat mit größeren Zuwendungen bedacht haben, gehört auch Rawitsch. Fabrikbesitzer Braun hierselbst überwies dem Vereine 50 M und die hiesige Kommune trat als korporatives Mitglied mit einem Jahresbeiträge von 30 M bei. Rawitsch ist die erste und einzige Stadt im Deutschen Reiche die sich in dieser Weise den Wohlthätigkeitsbestrebungen der Pestalozzivereine zugewandt hat.

Amtliches.

Prüfungstermine für die Provinz Posen im Jahre 1897.
I. Die I. Lehrerprüfung bei den Seminaren findet statt: a) in Bromberg (ev.) am 4. Februar, b) in Rawitsch (sim.) am 11. Februar, c) in Paradies (kath.) am 18. Februar, d) in Koschmin (ev.) am 19. August, und e) in Exin (kath.) am 26. August. — II. Die Aufnahmeprüfung in die Seminare erfolgt am 22. März: a) in Bromberg (ev.), b) in Rawitsch (sim.) und c) in Paradies (kath.), am 20. September, d) in Koschmin (ev.) und e) in Exin (kath.). — III. Die Aufnahmeprüfung in die Präparanden-Anstalten ist festgesetzt auf den 5. April für a) Lissa, b) Lobsens, und c) Meseritz und auf den 17. September für d) Czarnikau und e) Rogasen. — IV. Die II. Lehrerprüfung wird abgehalten werden: a) im Frühjahre: 1) im Seminar zu Koschmin (ev.) am 3. Mai, 2) zu Rawitsch (sim.) am 10. Mai, 3) zu Exin (kath.) am 17. Mai, 4) zu Bromberg (ev.) am 14. Juni und 5) zu Paradies (kath.) am 21. Juni; b) im Herbste: 1. im Seminar zu Paradies (kath.) am 18. Oktober, 2) zu Rawitsch (sim.) am 8. November, 3) zu Exin (kath.) am 22. November, 4) zu Koschmin (ev.) am 29. November und 5) zu Bromberg (ev.) am 13. Dezember.

[Bestätigt] d. Berufungsurk. f. d. L. Parezyk in Koslow, Kr. Gleiwitz.

[Berufen] d. kath. L. Bartelt und Willmann in Pogosch

Nr. 50. Erste Beilage zur Schlesischen Schulzeitung. 25. Jahrg. Breslau, 10. Dezember 1896.

bezw. Schönowitz, Kr. Neustadt O/S., und d. kath. L. Dörner in Zaborze Kol. A., Kr. Zabrze.

Vereins-Nachrichten.

An die Zweigverbände des Deutschen Lehrervereins.

Am 28. Dezember d. J. kann der Deutsche Lehrerverein auf das erste Vierteljahrhundert seines Bestehens zurückblicken.

Die großen Waffenerfolge der vereinigten deutschen Brüder in den Jahren 1870 und 1871 hatten den nationalen Gedanken in erhebender Weise zum Ausdruck gebracht und die getrennten Bruderstämme durch Wiederaufrichtung des Deutschen Kaiserreiches zu der lange ersehnten politischen Einheit geführt. Da lag es nahe, auch den Deutschen Lehrerverein, den die nationale Bewegung des Jahres 1848 geboren hatte, der aber unter dem Reif der folgenden Reaktion bald erstorben war, zu neuem Leben zu erwecken.

Bereits im Juli des Jahres 1871, also bald nach dem Frankfurter Frieden, erging von Lehrern der Hauptstadt des neuen Kaiserreichs ein Aufruf an die Kollegen im Reich, der die Gründung eines neuen Deutschen Lehrervereins als das erstrebenswerte Ziel der Lehrer Alldeutschlands mit begeisternden Worten betonte. Dieser Weckruf verhallte nicht ungehört. Am 28. Dezember wurde in einer Versammlung in Berlin durch Vertreter der Vereine von Berlin, der Provinzen Brandenburg, Schleswig-Holstein, Schlesien, des Vereins an der schlesisch-polnischen Grenze, des Kreisverbandes Nieder-Barnim, des Lehrervereins im Großherzogtum Hessen, der Städte Leipzig, Posen, Bromberg, Wongrowitz, Samter, Stralsund, Demmin, Gollnow, Spremberg, Gerswalde und Brandenburg der Deutsche Lehrerverein zur Hebung der Volksschule gegründet. Damit war der Grundstein zu dem Vereinsbau, der die Lehrer aller deutschen Staaten aufnehmen sollte, gelegt.

25 Jahre sind seit jenen Tagen verflossen. Aus den bescheidenen Anfängen hat sich in dieser Zeit unser Verein trotz mancherlei Hindernisse zu einer Gemeinschaft entwickelt, die sich über ganz Deutschland erstreckt und mehr als 65 000 Mitglieder umfasst. Dieses Erfolges dürfen wir uns gewiss freuen, und der unterzeichnete Ausschuss hofft auf den allgemeinen Beifall der Mitglieder, wenn er den 28. Dezember, diesen Jubeltag in der Geschichte des Deutschen Lehrervereins, zu einem Lehrerfeste zu gestalten gedenkt.

An die Zweigvereine des Deutschen Lehrervereins ergeht nun hierdurch die freundliche Einladung, sich auf dieser Jubelfeier, welche am Orte der Gründung des Vereins veranstaltet werden soll, durch Abgeordnete möglichst zahlreich vertreten zu lassen.

Die geehrten Vorstände der Verbände bitten wir, Sorge dafür tragen zu wollen, dass auch in den Kreis- und Lokalvereinen unseres Jubeltages in entsprechender Weise gedacht werde.

Nähere Mitteilungen über Ort, Zeit und Verlauf der Festversammlung erfolgen in nächster Zeit durch die »Pädagogische Zeitung«. Berlin, den 25. November 1896.

Der geschäftsführende Ausschuss des Deutschen Lehrervereins.

Clausnitzer. Gallee. Bandt. Born. Ewald. Groppeler. Höhne. Kopsch. Kumm. Lahn. Miehe. Müller. Rissmann. Röhl. Schröder. Schulz. Tews. Trensch.

Schlesischer Provinzial-Lehrer-Verein.

Sitzung des geschäftsführenden Ausschusses.

1. Vor der Abreise unserer Delegierten nach Magdeburg wurde noch einmal der ganze Gesetzentwurf paragraphenweise durchgesprochen. Namentlich wurden die neu hinzutretenen Bestimmungen, welche von wesentlicher Bedeutung sind, eingehend erwogen. Hinsichtlich einer event. Deputation an den Kaiser muss dem subjektiven Ermessen jedes Abgesandten freie Entscheidung überlassen werden.

2. Der Vorsitzende der Rechtsschutzkommission macht mehrere Mitteilungen. In einem Falle handelt es sich um die immer noch ausstehende Rückzahlung eines gewährten Vorschusses.

3. Über die wohlgelungene Jubiläumsfeier der Vereine Kreuzburg und Greiffenberg erstatten die dorthin entsandten Ausschussmitglieder Bericht.

Namslau-Carlsruhe-Reichthal. Gauversammlung den 12. Dezember nachm. 4 Uhr in Namslau. 1. Vortrag der Koll. Niedziella-Schwirz und Pätzold-Seidlitz. 2. Mitteilungen. 3. Fidelitas. Zahlreiches Erscheinen erwünscht.

Allgemeiner Breslauer Lehrerverein. Die Herren Rektoren werden ersucht, die Listen mit den Eintragungen für die »Pädagogische Sektion« bis zum 15. Dezember an die evang. Volksschule No. 6 gelangen zu lassen.

Bernstadt. Hauptversammlung Sonnabend den 19. d. Mts. nachm. 4 Uhr im Blauen Hirsch. 1. Jahresbericht. 2. Kassenbericht. 3. Wahlen: a) des Vorstandes, b) des ständigen Referenten. 4. Gesang.

Bolkenhain. Sitzung Sonnabend den 19. Dezember nachm. 3 Uhr im Vereinslokal. 1. Letztes Protokoll. 2. Vortrag. 3. Ständiges Referat. 4. Jahresrechnung. 5. Vorstandswahl. 6. Verteilung der Pestalozzigelder. 7. Mitteilungen.

Brieg. Generalversammlung den 15. Dezember abends 7½ Uhr im Vereinslokale. 1. Jahresbericht. 2. Kassenbericht. 3. Wahlen.

Bunzlau. Generalversammlung Sonnabend den 12. d. Mts. nachm. 5 Uhr im Hotel »Fürst Blücher«. 1. »Musikalisches und Lautmalerei in der Sprache« (Koll. Förster-Bunzlau). 2. Jahresbericht. 3. Kassenbericht. 4. Geschäftliches. 5. Vorstandswahl.

Balkau. Sitzung Mittwoch den 16. Dezember im Vereinslokal. 1. Antwort des anderen Abgeordneten. 2. Jahresbericht. 3. Kassenbericht. 4. »Unterrichte naturgemäß« (Joachim-Herrndorf). 5. »Lese-frucht« (Jakob-Grabig). 6. Gesang.

Falkenberg O/S. Sitzung Mittwoch den 16. d. Mts. nachm. 4 Uhr. 1. Vortrag des Kollegen Müch. 2. Ständiges Referat des Kollegen Neugebauer. 3. Gesang.

Jänkendorf O/L. Sitzung Sonnabend den 12. Dezember. 1. Berichterstattung. 2. »Wie weckt der Lehrer die Sprechlust der Kinder?« (Koll. Weidner-Horka). 3. Jahresbericht.

Juliusburg. Generalversammlung Sonnabend den 12. d. Mts. nachm. 4 Uhr bei Bragulla-Juliusburg. Jahresbericht. Rechnungslegung. Wahlen.

Königszelt. Sitzung Sonnabend den 12. Dezember in Bunzelwitz. Vortrag hält Kollege Freytag.

Kreibau. Sitzung Mittwoch den 16. d. Mts. in Kreibau. »Das Zeichnen im Geographieunterricht« (Lindner). Geschäftliches. Gesang: Heim No. 146, 224, 225.

Lauban. Generalversammlung Sonnabend den 12. Dezember nachm. 4 Uhr im »Gambrinus«. 1. Festbericht von Greiffenberg. 2. Jahresbericht. 3. Kassenbericht. 4. Bericht des Bibliothekars. 5. Erhöhung der Mitgliedsbeiträge. 6. Vorstandswahl.

Muskau. Sitzung den 12. Dezember nachm. 4 Uhr bei Rolke. 1. Protokoll. 2. Vortrag. 3. Bericht über das Verhalten des Herrn Abgeordneten Baron Liliencron bei Nachsuchung einer Unterredung. 4. Mitteilungen. 5. Bestimmung der nächsten Sitzung. 6. Gesang.

Reichenbach i/Schl. Hauptversammlung Sonnabend den 12. Dezember nachm. 5 Uhr im kleinen Saale des Gasthofs zur Sonne. 1. Geschäftliches. 2. Berichte. 3. Neuwahl des Vorstandes.

Strehlen. Generalversammlung Sonnabend den 12. Dezember nachm. 4 Uhr im Reichsadler. 1. Jahresbericht. 2. Kassenbericht. 3. Vorstandswahl.

Stroppen u. Umg. Vereins-Stiftungs-Kräntzel mit Damen den 12. Dezember abends 6½ Uhr im Vereinslokal.

Trebnitz. Sitzung Sonnabend den 12. Dezember nachm. 3½ Uhr im Vereinslokal. 1. Vortrag des Koll. Kassner. 2. Pestalozzistudien. 3. »Otto Ernst« (Fräulein Krusche). 4. Ständiges Referat. 5. Gesang.

Winzig. Sitzung Sonnabend den 12. Dezember nachm. 5 Uhr.

Wirschkowitz-Kraschnitz. Generalversammlung Sonnabend den 12. Dezember nachm. 3 Uhr in Kraschnitz. Referent Koll. Seiler.

Schlesischer Turnlehrer-Verein.

Breslau. Sitzung Dienstag den 15. Dezember abends 8 Uhr im Tauentzien. 1. Vortrag über die »Monatsschrift« (Rektor Schröter) und über die »Turnzeitung« (Koll. Ant. Schink). 2. Jahresbericht, Rechnungslegung, Neuwahl des Vorstandes. 3. Mitteilungen. Gäste sind willkommen!

Lehrer-Sterbekasse

für die Kreis-Schulinspektionen Rothenburg II und III.

Generalversammlung den 12. d. Mts. nachm. 3 Uhr. Kassenbericht. Es ladet herzlich ein

Der Vorstand.

Herzliche Bitte.

Unserer im vorigen Jahre ausgesprochenen Bitte, der Wilhelm-Augusta-Stiftung Zuwendungen zum Zweck der Verteilung an darbende Lehrer-Emeriten zu machen, ist zu unserer Freude vielseitig entsprochen worden. Wie dringend nötig aber auch fernerhin die Stiftung besonderer Beihilfen bedarf, dafür spricht die Thatsache, dass trotz der empfangenen Gaben — infolge des Rückgangs der Einnahmen aus den Versicherungsgesellschaften gewährten Bonifikationen und wegen der Verminderung des Zinsertrages der Stiftungskapitalien — in diesem Jahre nur 1035 M verteil werden konnten, während

uns im vorigen Jahre 1120 M. zur Verfügung standen. Wie außerordentlich bedürftig die Kostgänger der Stiftung sind, lässt sich daraus entnehmen, dass von den in diesem Jahre unterstützten Emeriten 12 eine Pension von 700 M. und weniger hatten, incl. der von der Königl. Regierung gewährten Zuschüsse. Unter den Bittstellern waren 8 über 80 Jahre alt. Wie segensreich die Stiftung ist, davon zeugen auch die lebhaften Dankesäußerungen der mit Unterstützungen bedachten Greise.

Wir wenden uns deshalb auch in diesem Jahre vertrauensvoll an alle lieben Kollegen, an alle Lehrervereine unserer Provinz und an alle werten Freunde unseres Standes mit der herzlichen Bitte, durch Spenden, durch Sammlungen bei festlichen Gelegenheiten und durch Überweisung von Überschüssen bei Musik-Aufführungen und dergl. die Wilhelm-Augusta-Stiftung in den Stand zu setzen, auch weiterhin den notleidenden Emeriten ihre traurige Lage einigermaßen zu verbessern. Jede, auch die kleinste Gabe, wird von dem Kassenführer, Rector J. Blümel, Kleine Scheitingerstr. 67, dankend in Empfang genommen und findet bei der Verteilung der Unterstützungen ihre Verwendung,

Breslau, den 20. November 1896.

**Das Kuratorium
der Wilhelm-Augusta-Stiftung für emeritierte schlesische Lehrer.
Kunz. Bandmann. Blümel. Kroeker. Sabel.**

Vermischtes.

Die Verteilung der Millionen.

(Nach Schillers »Theilung der Erde«.)

«Nehmt hin die überflüss'gen Millionen!»
Rief Exzellenz des Staates Dienern zu;
»Für treue Dienste will man euch belohnen,
Verzehrt das Geld in guter Ruh.«

Da eilen alle, tapfer zuzulangen;
Mars Söhne nahmen gleich den größern Teil,
Die Jünger Stephans kommen auch gegangen,
Und noch für andre kommt das Heil.

Und jeder nimmt, was seine Taschen fassen,
Denn jeder glaubt, dass sein Gehalt zu klein,
Die Richter und die Räte aller Klassen —
Was thun sie denn? Sie streichen ein.

Ganz spät, an eines Herbstanfangs schönen Morgen,
Naht sich der Lehrer, Hoffnung in dem Sinn,
Da waren alle Schätze schon geborgen,
Nichts blieb für ihn, 's war alles hin.

»Weh' mir! So soll denn ich allein von allen
Vergessen sein, ich, ein getreuer Knecht?«
So ließ er laut der Klage Ruf erschallen,
Und sucht beim Financier sein Recht.

»Wenn Du in düstrer Schule nur verweilest,«
Spricht Exzellenz: »so hadre nicht mit mir;
Wo warst Du denn, als man das Geld verteilet?«
»Ich war«, sprach er, »ja immer hier.«

Mein Auge hing an meines Volkes Jugend,
Ich lehr' sie lieben Gott und Vaterland;
Ich übe sie in jeder Bürgertugend,
Vergessen immer, oft verkannt.

»Was thun!« spricht Exzellenz, bis auf die Neigen
Sind alle Kassen leer, das ärgert mich;
»Wenn die Getreidepreise einmal steigen, —
Dann, braver Lehrer, freue dich!«

L. H.

Rezensionen.

Litterarischer Abreiß-Kalender für 1897. Langenscheidtsche Buchhandlung, Berlin. Pr. 75 M.

Das Neue dieses Wandkalenders besteht darin, dass an den zutreffenden Tagen das Bild eines hervorragenden Mannes der neueren Zeit beigegeben ist, bei Dichtern manchmal auch eine kurze Biographie nebst einigen Sentenzen. Der Preis ist auffallend billig.

Jugendblätter. Herausgegeben von G. Weitbrecht. Jahrgang 1896. Verlag von Steinkopf in Stuttgart. Pr. schön geb. 4 M.

Wir begrüßen diesen in jeder Beziehung, was Text und Bilder anbelangt, vornehmsten Jugendalmanach alljährlich mit großen Freude. Alles ist gediegen, die spannenden, sorgam ausgewählten Erzählungen, die geschichtlichen und naturgeschichtlichen Schilderungen, die Reisebilder, die poetischen Beigaben. Der neue Jahrgang 1897 wird wieder in 12 Heften à 25 M. erscheinen.

Dichterglocken. Von G. Lange. Verlag von Bruns in Minden. Pr. ? Einer unserer bewährten Mitarbeiter bietet in dem etwa 80 Gedichte enthaltenden, hübsch ausgestatteten Büchlein den Kollegen erhabende, mahnende, tröstende Gaben aus dem Vereinsleben in poetischer

Form. Die Sammlung ist nicht für den Sang bestimmt, sondern nur für stille Anregung in Herz und Haus. Als Weihnachtsgabe wohlgemessen.

Märchen und Erzählungen. Von Dr. Gottl. Heinr. v. Schubert. 4. Auflage. Verlag von Palm & Enke in Erlangen. Pr. geb. 2 M.

Wir haben an dem Buche unsere herzliche Freude gehabt. Es waltet darin ein naturwüchsiger Geist, frische Herzlichkeit und gesunder Humor. Die Märchen und Erzählungen des beliebten Meisters sind für Kinder von 7—10 Jahren eine prächtige Weihnachtsgabe.

Armin Stein (H. Nietschmann). Aus Krieg und Frieden. Schlichte Geschichten. — J. S. Bach. Ein Künstlerleben. (Verl. der Buchhandlung des Waisenhauses in Halle.) Pr. à 3 M.

Wiewohl mit Arbeit überladen, hat die Redaktion der »Schles. Schulztg.«, nie verabsäumt, auf die meisterhaften Erzählungen Armin Steins, wie »Am stillen Herd«, »Der Mönch am Berge«, »Aus des Herrgotts Regiment etc. stets selbst Beschlag zu legen und in stillen Stunden eine wahre Erquickung darin zu suchen. Wir sind unserer Sache gewiss, wenn wir voraussagen, dass namentlich Lehrerfrauen an den psychologisch außerordentlich fesselnden Erzählungen aus dem Volks- und höheren Gesellschaftsleben ein herzliches Interesse finden werden.

Gumpert, Thekla von. Töchter-Album. 42. Jhrg., mit 17 Farbendruckbildern, 6 Illustrationsbeilagen, einer Karte und zahlreichen Abbildungen im Text. Glogau, Carl Flemmig. Gr. 8°. 584 S. 7,50 M.

Der reichliche Stoff bietet manch Mittelmäßiges, und eine Anzahl von Erzählungen sind nach einer Schablone geschrieben. Der Inhalt ist aber wohl geeignet, veredelt auf das Gemütsleben der jungen Leserinnen einzutragen, und außerdem verfolgen eine Reihe von Erzählungen den läblichen Zweck, die jungen Mädchen mit Einrichtungen bekannt zu machen, die ihnen ermöglichen, im Leben auf eigenen Füßen zu stehen. So reiht sich der vorliegende Band seinen Vorgängern würdig an die Seite und eignet sich für Töchter gebildeter Stände als Festgeschenk.

Briefkasten.

Kl. in L. Es war noch ein besonders für unsere Zeitung verfasster Bericht eingegangen, dem wir den Vorzug geben mussten. — Kr. in L. Wir haben Umfrage gehalten; man beschränkt sich hier auf »Schütze«. Sollte uns einmal ein neues praktisches Buch zur Revision zugehen, so wollen wir Kunde geben. Besten Gruß. — L. in G. Nach dem neuesten Magdeburger Beschluss erübrigst sich der Abdruck Ihrer Denkschrift. — Ach, mit dem Ärmsten, der so ganz im Verborgenen blüht, ist ja nie Personenkultus getrieben worden. Warum immer gleich so mürrisch? — Pf. in P. Kollege K. steht ja ganz auf Ihrem Standpunkt, wie wir alle. Nur hat er es nicht so scharf zum Ausdruck gebracht wie Sie. — O. hier. Dachten uns das bald. Besten Dank. — B. in Wg. Noch nicht ganz fertig mit dem Studium. — M. in L. Etwas länglich, aber tapfer. Haben Sie vom neuesten Stand der Dinge gelesen? Sie wünschten, wir möchten die Kollegen darauf hinweisen, politische Tagesblätter zu ersuchen, das Verzeichnis der Jugendschriften (in der letzten Nr. der Jugendschriften-Warte) nach und nach zum Abdruck zu bringen, und zwar mit einem kurzen Vorwort. Gern sprechen wir hiermit diesen Hinweis aus. Nr. 3. Nein, soweit darf man den Leuten nicht den Löffel in den Mund stecken. In der Öffentlichkeit würde eine so väterliche Unterweisung auch nicht gut aussiehen. Dank für den herzlichen Glückwunsch. Aber um gotteswillen keinen Personenkultus! — Qu. in L. Wir freuen uns der außerordentlichen und geschickten Thätigkeit. Aber was wird aller Schweiß helfen? Wie die Aktien jetzt stehen, sind eigentlich alle weiteren Berichte überflüssig. Das Herz muss jedem bluten. Für diese Nr. kam die Sendung schon zu spät. Alle Spalten wimmelten. Den bewussten Artikel haben wir gelesen und waren ganz erstaunt, welcher Rechenmeister dahinter steckt. Sollten wir von einem ähnlichen Artikel Gebrauch machen wollen, so werden Sie Nachricht erhalten. — L. in S. Sofort geschehen. Preis fehlt. — Ht. hier. Wenn nur soviel Platz ist. — U. in L. Ein ganz kurzer Vorbericht war schon da. Dieses großartige Vorgehen ist ja erhebend. Schicken Sie nur, wiewohl für die nächste Nr. schon gegen 10 Einsender Quartier angemeldet haben. Das Wichtigste voran. — S. in L. Die Geometrie von Kehr ist vorzüglich, schon wegen ihrer Einfachheit. — X. Unser Praktikus antwortet Ihnen: Ob Sie Erfolg haben werden? Habent sua fata libelli et — inventiones. — L. in S. Sie werden einen Brief von Kollegen Bandmann erhalten. Im Ausschuss waren wir nicht dagegen, da sich statutengemäß nichts einwenden lässt. — Sch. in Sch. Sehr erfreut. Wie geht's. — B. in K. Nicht übel; gelegentlich. — L. in J. Morgen wird verrechnet. — Dem losen Plauderer. Was kraucht dort aus der Ecke hervor? In nächster Nummer sollen Sie Ihr Sprüchlein aufsagen. — L. in Sch. An den Weinhachtsmann haben wir gar nicht Zeit zu denken. — »x.« Sie bedürfen dazu der Genehmigung des Schulvorstandes, welche Ihnen auch versagt werden kann. — Mehrere Fragesteller. Die Liegnitzer Regierung hat, wie wir von gut unterrichteter Seite erfahren, für die einzelnen Kreise bzw. Ortschaften ihres Aufsichtsbezirkes die Werte der Wohnung und Feuerung festgestellt. Sie wenden sich daher am besten an das Landratsamt um weiteren

Auskunft. — St. in P. Auch nach dem Inkrafttreten des Besoldungsgesetzes wird es staatliche und örtliche Alterszulagen geben. Die staatlichen Zulagen werden von 500 M auf 720 M erhöht. Da nach den Erklärungen des Unterrichtsministers in der Kommission die Staatsregierung mit der Erhöhung der einzelnen Stufen um 10 M, in Worten: zehn Mark, einverstanden ist, so dürfen bei Zustimmung des Landtags die staatlichen Alterszulagen die stattliche Höhe von 810 M erreichen. Die örtlichen Alterszulagen müssen den Bestimmungen des Gesetzes angepasst werden, 9 gleiche Stufen vom 8.—31. Dienstjahre. Es ist der Zweck der Alterszulagekassen, den kleinsten Ge-

meinden die Gewährung von örtlichen Alterzulagen zu ermöglichen. Es wird die Aufgabe der Kollegen in jeder Gemeinde sein, bei der Festsetzung der Gehälter im nächsten Vierteljahr möglichst hohe örtliche Alterszulagen herauszuschlagen. — G. hier. Besten Dank.

Seiden-Damaste Mk. 1,35 bis 18.65 per Meter — sowie schwarze weisse und sartige **Henneberg-Seide** von 60 Pf. bis Mt 18.65 per Met. — glatt, gestreift, farxiert, genäst. Damaste ic. (ca. 240 verschiedene Qualitäten und 2000 verschiedene Farben, Dessins ic.), porto- und steuerfrei ins Haus. Muster umgehend. — Durchschnitt Lager: ca. 2 Millionen Meter. [2948-11]

Seiden-Fabriken G. Henneberg (k. u. k. Hofl.) **Zürich.**

Georg Lange Ida Lange, geb. Zwirner

Vermählte.

Kendzie, im November 1896.

Dies allen Freunden, insonderheit meinen lieben Kursusbrüdern, zur gefälligen Nachricht.

Nach langen, schweren Leiden verschied heute früh 5 Uhr der

Hauptlehrer Herr Vincenz Passon
zu Rudy-Piekar im Alter von 63 Jahren.

Der selbe war in seinen gesunden Tagen ein reges Mitglied unseres Vereins und hat sich durch seine Biederkeit und Treue bei uns ein bleibendes Andenken gesichert.

Tarnowitz, den 4. Dezember 1896.

Der Lehrerverein zu Tarnowitz.

Am 4. d. Mts. verschied nach langen, schweren Leiden unser teures Ehrenmitglied, der Kantor emer.

Herr Julius Filla,

Ritter des Kronenordens IV. Klasse.

Seine treue Anhänglichkeit an unsern paritätischen Verein und seine biedere, herzliche Gesinnung gegen jeden Kollegen sichern ihm bei uns ein bleibendes Andenken.

Der Striegauer Lehrerverein.

Gestern starb nach kurzer Krankheit unser sehr geschätztes Vereinsmitglied

Herr Lehrer Besser

in Deutsch-Piekar, Kr. Beuthen, in dem blühenden Alter von 25 Jahren.

Wir werden das Gedächtnis dieses wackeren Mitarbeiters und lieben Freundes stets in Ehren halten.

Beuthen O/S., den 7. Dezember 1896.

Der freie Lehrerverein.

I. A.: Bandmann.

Vakanz.

[372a/b]
Die hiesige **Lehrer**, bzw. **Organisten**- und **Küsterstelle**, mit einem Einkommen von ca. 1200 M außer freier Wohnung und Feuerung, ist zum 1. März 1897 neu zu besetzen. Meldungen mit beglaubigten Zeugnisabschriften nimmt bis zum 31. buj. die Patronin, Frau v. Kramsta hierselbst, entgegen.

Kl.-Gaffron b. Bhf. Raudten, d. 6. Dezbr. 1896.
Ueberfeld, Pastor u. Ortsschulinspektor.

Die evangelische **Kantor**- und **Lehrerstelle** hierselbst ist vakant. Außer Wohnung ca. 1250 M Einkommen. Bewerber wollen ihre Gesuche nebst Zeugnisabschriften an mich geneigtest einsenden.

Cossar b. Crossen a/O, d. 1. Dezember 1896.
370a-c] Baronin von Kottwitz.

2. Lehrerstelle an der Schule zu Laasan, Kreis Striegau, ist Ostern a. f. zu besetzen. Gehalt 810 M, 60 M Feuerungs- und 120 M Wohnungs-Entschädigung. Meldungen und Zeugnisse an Lokal-Schul-Inspektor Pastor Kluge-Peterwitz bei Saara bald einzureichen.

Schülerbibliotheken.

Zur Ergänzung empfehlen wir eine Reihe neu erschienener Bücher zu billigen Preisen. Verzeichnisse stehen zu Diensten.

Priebatsch's Buchhandlung.



Flügel, Pianinos und Harmoniums,

neue und gebrauchte, von vorzüglicher Güte und in größter Auswahl, empfiehlt zu billigen Preisen unter Garantie

J. Grosspietsch, Hoflieferant,
Breslau, [28411-13]

Schweidnitzer Stadtgraben Nr. 22,

Flügel, Pianinos und Harmoniums,

neue und gebrauchte, in großer Auswahl unter Garantie zu den solidesten Preisen.

☞ Ratenzahlung bewilligt. ☞ [3652-5]

C. Vieweg, Breslau, Brüderstrasse 10,
Pianofabrikant.

Haben Ihre Kinder schon einen der berühmten

Anker-Steinbaukästen?

Ja! Gut, dann lassen Sie sich eiligst die **neueste Preisliste** kommen, um danach den richtigen Ergänzungskästen auswählen zu können.

Nein! Nun, dann wird es die höchste Zeit, daß Sie wegen Übertragung der Preisliste eine Postkarte an: F. Ad. Richter & Cie. in Rudolstadt schreiben, denn in der reich illustrierten Preisliste finden Sie sowohl eine Beschreibung der Steinbaukästen und der neuen verbesserten Ergänzungsortordnung, als auch zahlreiche Dankeskarten hocherfreuter Eltern, die den hohen erzieherischen Wert der Anker-Steinbaukästen aus eigener Erfahrung kennen und schätzen gelernt haben. Zum Preise von 1, 2, 3, 4, 5 M und höher vorrätig

in allen feineren Spielwaren-Geschäften
des In- und Auslandes.

☞ Beim Einkauf nehme man nur Kästen mit der Fabrikmarke Anker an, denn alle Kästen ohne diese Marke Anker sind unrecht.

F. Ad. Richter & Cie., l. u. f. Hoflieferanten,
Rudolstadt (Thüringen); Nürnberg; Wien, I. Operngasse 16; Olten (Schweiz);
Rotterdam; Brüssel-Nord, 28 Rue Botanique; London E. C., 44 Jewin-Street;
304e] New-York, City, 215 Pearl-Street.



Pianinos

von 440 M. an

Flügel.

10jährige
Garantie

* **EMMER** *

450-52

Harmoniums

von 90 M. an

Abzahlung gestattet.
Bei Barzahlg. Rabatt u. Freisendg.

W. EMMER, Berlin C., Seydelstrasse 20
Pianoforte- und Harmonium-Fabrikant.

Pianinos, Harmoniums,

von M 350,— an. von M 80,— an.

Amerik. Cottage - Orgeln, Flügel
Klavier-Harmoniums.

Alle Vorteile. Höchster Rabatt.

Illustr. Kalalog, der grösste seiner Art, frco.
Nichtgef. Instrum. auf meine Kosten zurück.

Wilh. Rudolph in Giessen No. 64.

Original
SIEMENS

Regenerativ
SCHUL-GAS-ÖFEN
mit neuesten Verbesserungen.

Friedr. Siemens
DRESDEN

A.G.

Hasseider, 10 Reden nebst Programm.
zur Weihnachtsfeier i. d. Volksschule
60 Pf sende geg. Betr. i. Mark. postfrei:
Alfred Hufeland's Verlag in Minden.

Pianinos, neu kreuzsaftig, von 380 M.
Ohne Anzahl. à 15 M monatl.
Kostenfrei, 4 wöchentliche Probesendung
Fabrik Stern Berlin, Neanderstr. 16.

Christbaumkonfekt

in bekannt. Güte, ca. 200 St. geschmackvoll sortierte Figuren, Ketten u. Chocoladen-Konf. mit Kiste für nur M 2,20 und M 3,— vers. geg. Nachn. **Chokoladen-Hering**, Dresden. [364b]



H. G. Wallmann's Verlag, Leipzig, empfiehlt

Kolbe, bibl. Geschichte

in Lebensbildern. Ausgeführte Katechesen. A. u. N. Test. 2 Teile. br. à 2,60, geb. à 3 M. Jeder Teil einzeln käuflich. Gut rezensiert! Zu beziehen durch alle Buchhandlungen.

Biblische Geschichte

vom Königl. Provinzialschulrat M. Henning in Koblenz. 13½ Bogen u. 1 farbige Karte von Palästina, ungeb. 55 P., gut gebunden 75 P. In 10. Auflage erschienen, von allen Regierungsbehörden zur Einführung genehmigt, wurde von der Kritik als die

beste

bezeichnet. Probe-Exemplare versendet die Verlagsbuchhandlung von 344 b-d Emil Rautenberg in Königsberg i/Pr.

Verlangen Sie zur Auswahl auf 14 Tage:

1 Sortiment Liederf. Männerchor — f. gemischten, f. Frauen- und Kinderchor. [27912-25]
1 — humor. Scenen, Duette, Terzette u. Couplets. f. Wintervergnügungen. (Grossartige Neuertheiten!)
1 — Musikalien f. Clav., 2hd., 4hd. (leicht? schw.)
1 — f. Violine, Viol. u. Clav. (leicht?, schwer?)
1 — f. Kirchengesang (ev. kath.?) — f. d. Orgel.
Carl Klinner. Musikalienhändler. Leinzie.

Möbel,

Spiegel- und Polsterwaren

eigener Fabrik

empfehlen zu

Werkstattpreisen
unter langjähriger Garantie

Nawrath & Comp.

Breslau

Teichstrasse No. 9

und

Gartenstrasse No. 86

vis-à-vis Postamt II. 1 Minute vom Centralbahnhof.

Lieferanten des Allgemeinen Breslauer und Deutschen Lehrer-Vereins und des Preußischen Beamten-Vereins.

Reellste u. billigste Bezugsquelle.

5% Rabatt bei Bareinkäufen.

Billigste Bezugsquelle zufolge sehr geringer Spesen und persönlicher Arbeitskraft. [300 e]

J. Eisenhardt's Nachfl., Breslau, Blücherplatz 4.

Sämtliche Herren-, Damen- und Kinder-Wäsche. Wollene Untersachen, als Hosen, Hemden, Jacken, Unterröcke, Socken, Strümpfe etc. Größte Auswahl in Krawatten und Schürzen, anerkannt bester Sitz und vorzüglichste Arbeit.

Nur eigene Konfektion, also keine Fabrikarbeit!

Garantie für jeden bei mir gekauften Artikel. Den Herren Lehrern gewähre bereitwilligst Kredit. Bei Barzahlung 5% Rabatt.

Tuch - Versandhaus

G. Klauss & Co.

Ballenstedt a/H., empfiehlt seine

Herren- und Damenkleiderstoffe,

Teppiche, Schlafdecken u. Strumpfwolle

in vorzüglicher Qualität

gegen bar: Rabatt

6 0/0

franko!

findet kein Versand statt.

Muster

An Sonn- n. christl. Festtagen

Grosses

Pelzwaren - Lager

von
Robert Baumeister,
Kürschnermeister

Breslau, Ring 29 (Ecke Ohlauerstr.).

Die Firma unterhält einen großen Vorrat von allen nur erdenklichen, konfektionierten

Pelzartikeln für Herren und Damen.

Spezialität:

Damen-Pelzmäntel u. -Räder, sowie Herren-Gehpelze-, -Reisepelze, -Jaquetts etc.

Bestellungen und Umänderungen
werden in jeder gewünschten und modernsten Form sorgfältigst ausgeführt.

Lager der neuesten Stoffe für Damenpelzbezüge, sowie Tuche für Herrenpelze stets vorrätig.

[238 10-18]

Preislisten mit Abbildungen, sowie Stoffmuster versende franko und gratis.

Lebensversicherung.

Achtbare Vertreter, auch stille, aus allen Ständen gegen Provisionsvergütung sucht die Mecklenburgische Lebens-Versicherungs- und Spar-Bank, gegründet 1853. Dividende für jüngere Alter 45 Prozent. Unanfechtbarkeit nach fünf Jahren. Kriegsversicherung ohne Extraprämie. Neue, sehr coulante Versicherungs-Bedingungen. Aufhören der Prämienzahlung im Falle der Erwerbsunfähigkeit durch Krankheit oder Unfall und Gewährung einer Bente, während die Versicherung in Kraft bleibt. 201 f-1

Rentenversicherung, für ältere Leute besonders empfehlenswert. Gefl. Offerten erb. an General-Agent **Georg Klose**, Breslau, Sadowastraße No. 58.

Holländ
Tabak

Varinas. Unübertrifft. Tausende Anerkennungen von Pfarrern, Lehrern, Beamten. 163 31-52 9 Pfund 7 Mk. franko. Gebrüder Bierhaus, Orsay an der holländ. Grenze.

Älteste Cigarrenfabrik mit direktem Versand an die Consumenten.

Gegründet 1845. Preisgekrönt

1855 PARIS. ♦ LONDON 1862.

A. Hornemann

in GOCH an der holländ. Grenze.

Von meinen hinlänglich als preiswerte bekannten 80 Nummern umfassenden Fabrikaten empfehle ich besonders, da allgemein beliebt und bevorzugt, unter Garantie der Zurücknahme, Ziel 2 Monate

Vista Habana	100 St.	Mk. 3,60
El Sello *	100 "	8,80
Comme il faut	100 "	8,80
Alicante	100 "	4,-
El Progresso *	100 "	4,-

1 Sortimentspostpacket 500 St. Mk. 19,20 franco.

Garantie: kostenfreie Zurücknahme.

Nelly	100 St.	Mk. 4,80
Borneo	100 "	4,50
Wilhelmina	100 "	4,50
Steuerfrei	100 "	4,50
Holländer II	100 "	5,-

1 Sortimentspostpacket 600 St. Mk. 22,80 franco.

Garantie: kostenfreie Zurücknahme.

Les Gracias *	100 St.	Mk. 5,-
Felix Brasil	100 "	5,20
Coroneda	100 "	5,40
Carolina	100 "	5,60
Infantes	100 "	5,70

1 Sortimentspostpacket 600 St. Mk. 26,80 franco.

Garantie: kostenfreie Zurücknahme.

Goldonkel	100 St.	Mk. 6,-
Hollandia *	100 "	6,20
Holl. Plantagen-Cig.	100 "	6,40
Premium	100 "	6,50
El Descanso	100 "	6,80

1 Sortimentspostpacket 600 St. Mk. 31,90 franco.

Garantie: kostenfreie Zurücknahme.

Confederacion	100 St.	Mk. 7,-
La Vega	100 "	7,20
Imperiosa	100 "	7,80
Universo	100 "	8,-
Holländ. Plantag.-Cig.	100 "	8,-

1 Sortimentspostpacket 500 St. Mk. 37,50 franco.

Garantie: kostenfreie Zurücknahme.

Ausführliche Preisliste gratis und franco.

Rauchtabak, grob und fein von Mk. 0,80—4,00 pr. Pf. — 9 Pf. franco.

Versand von 100 Stick an. 200 Stick portofrei.

Hierzu 2 Sonderbeilagen 1) von der Verlags-handlung J. Lang in Karlsruhe über Blatz's neuhochdeutsche Grammatik und sonstige pädagogische Verlagsartikel; 2) von der Firma Mey & Edlich, Versand-Geschäft in Leipzig-Plagwitz, über verschiedene Waren.